

Zeitschrift für
 anwendungs-
 bezogene
 Wissenschaft
 und Kunst

Die neue Hochschule

Das Interview:
 Der Präsident des
 h**lb**

Leitartikel:
 Ein Skandal!

Reden:
 Eine Ministerin
 und zwei Minister

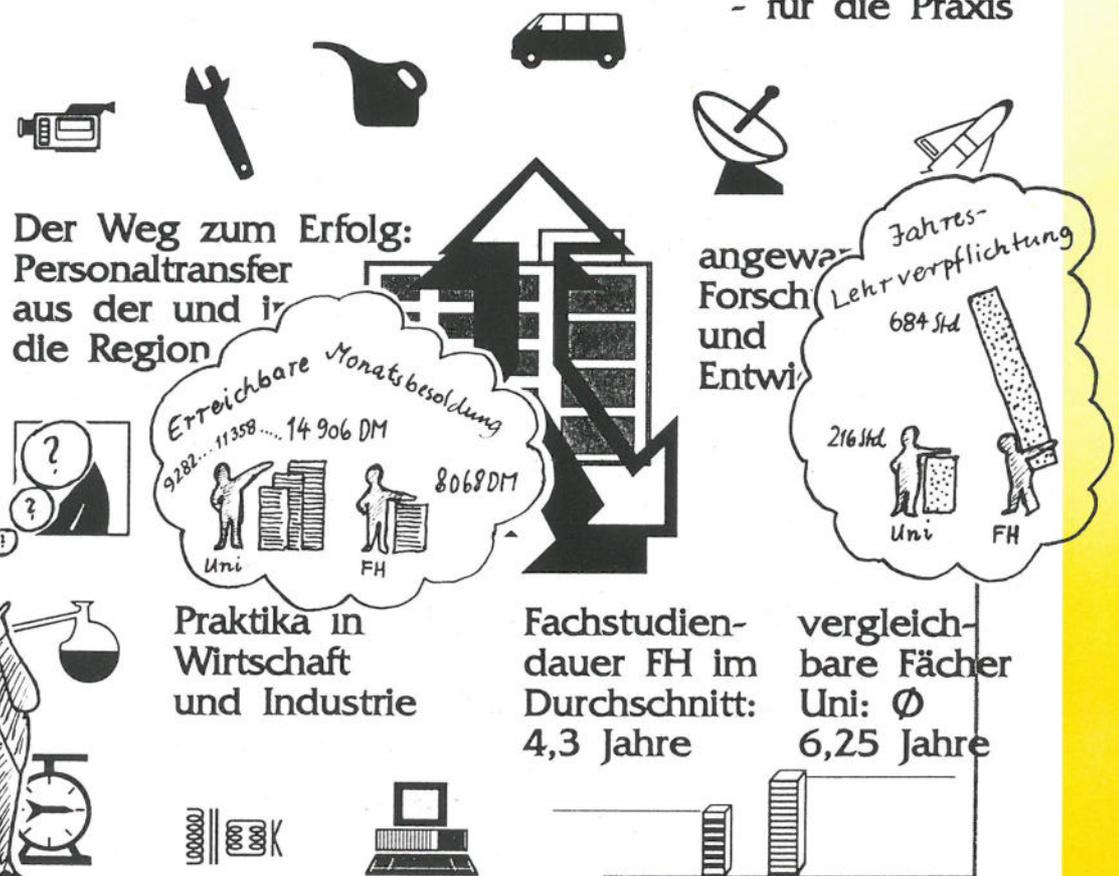
Promotion
 Dr. (FH) nicht
 erstrebenswert?

Technikfolgen:
 Ein windelweicher
 Kompromiß?

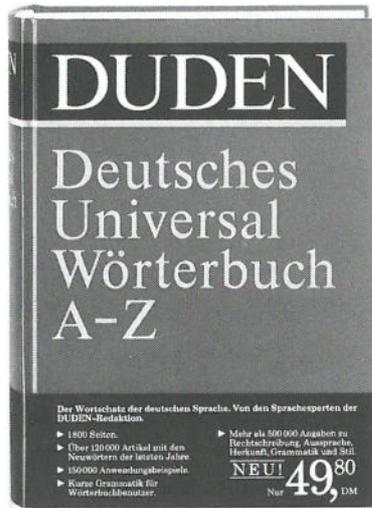
Hochschulen:
 Offen für Berufs-
 erfahrung?

Die Fachhochschulen: kurze Studienzeiten - praxisorientierte Ausbildung

Diplomarbeiten
 aus der Praxis
 - für die Praxis



DIE GANZ UNIVERSELLEN SEITEN DER DEUTSCHEN SPRACHE



Ein Universalwörterbuch im besten Sinne des Wortes. Rund 120 000 Artikel mit ausführlichen Bedeutungsangaben, 150 000 Anwendungsbeispiele, eine kurze Grammatik für Wörterbuchbenutzer und mehr als eine halbe Million Angaben zu Rechtschreibung, Aussprache, Herkunft, Grammatik und Stil. Die Neuauflage des DUDEN-UNIVERSALWÖRTERBUCHS bietet das Wichtigste in einem Band.

DUDEN

Deutsches Universalwörterbuch
Der Wortschatz der deutschen Sprache

2., vollständig überarbeitete und ergänzte Auflage 1989. Herausgegeben und bearbeitet vom Wissenschaftlichen Rat und den Mitarbeitern der DUDEN-Redaktion.

1816 Seiten, geb. 49,80 DM.

DUDENVERLAG
Mannheim/Wien/Zürich

Storch in Not!

In den ausgedehnten Waldgebieten dünnbesiedelter Naturräume auf dem Gebiet der ehemaligen DDR brütet der seltene Schwarzstorch.

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. unterstützt seit der Wende konkrete Umweltschutzprojekte und den Aufbau der Naturschutzverbände in den neuen Bundesländern.



Unterstützen Sie diese wichtige Arbeit durch eine Spende und fordern Sie unser Informationsblatt "Naturschutz im Osten Deutschlands" an.

Spendenkonto:

7997

Stadtparkasse
Frankfurt
(BLZ 500 501 02)

- Ich bitte um Zusendung des Informationsblattes. DM 1,50 in Briefmarken liegen bei.
- Ich unterstütze die Aktion durch eine Spende. Ein Scheck über DM _____ liegt bei.

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

04



Deutsche Umwelthilfe
Güttinger Straße 19 · 7760 Radolfzell

Herausgeber: Professor Dipl.-Kfm. Günther Edler (G. E.), Büschgensstraße 24, 4050 Mönchengladbach 2, (021 66) 34 03 55

Verantwortlich für Buchbesprechungen: Prof. Dr. Rainer Walden, Rochusweg 1, 4795 Delbrück, (052 50) 75 19

Redaktion: Helmut Sender

Resch Verlag GmbH, Postfach 12 60, 8032 Gräfelfing, (089) 8 58 07-41, Telefax (089) 8 58 07-62

Anzeigenleitung: Regina Krause, Telefon (089) 8 58 07-27

Band 32, Heft 6, Dezember 1991

Die Beiträge dieses Heftes geben, soweit sie nicht ausdrücklich Äußerungen der Organe des Hochschullehrerbundes e. V. (Bundesvereinigung) oder von Landesverbänden des HLB erkennen sind, die persönliche Meinung der Verfasser wieder und entsprechen daher nicht unbedingt der Auffassung des Herausgebers oder des Hochschullehrerbundes.

Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages.

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreise: Jahresabonnement DM 75,-, Einzelheft DM 14,-

Bezugsaufträge für die DNH werden für ein Jahr abgeschlossen und laufen weiter, wenn sie nicht 6 Wochen vor Schluß der Laufzeit gekündigt werden.

Erfüllungs- und Zahlungsort Gräfelfing, Gerichtsstand München

Druck: Frühmorgen & Holzmann, Schwindstr. 5, 8000 München 40

Inhalt:

Kommentar zum Inhalt dieses Heftes	4
Interview mit dem Präsidenten des <i>hfb</i> , Prof. Dr. Reiner Brehler	5
Günter Steinbach	
Wirtschaft und Fachhochschulen	
Perspektiven für das Jahr 2000	7
Joachim Fruböse	
Ist ein Dr. (FH) erstrebenswert?	9
Jens A. Hertwig	
Ostdeutsche Wissenschaftseinrichtungen im Deutschen Forschungsnetz	12
Günther Edler	
Zur Verantwortung von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern	10
Weitgehend einig?	14
Personalien	18
Informationen und Berichte	18
Gefährliches Mißverständnis	19
In eigener Sache	26

Titelbild:

Auf der HUNGARODIDACT (s. S. 20) wurden auf einem Poster die durchschnittlichen Fachstudienzeiten an Universitäten und Fachhochschulen verglichen. Professor Dr. Karlheinz Brocks (Krefeld) erweiterte den Vergleich. Er karikiert die gegebenen Unterschiede in Besoldung und Regellehrverpflichtung und konterkariert so die notwendigerweise einseitig positive Werbung für das Konzept „Fachhochschule“.

Hochschullehrerbund e. V.

Rüngsdorfer Straße 4c, 5300 Bonn 2
(0228) 35 22 71, Telefax (0228) 35 45 12
Geschäftsführer: Dr. Hubert Mücke

DIE NEUE HOCHSCHULE

„Ein Skandal“

Obergrenze günstig abzugeben¹ – unter dieser Überschrift wurde Bund und Ländern ein Schnäppchen offeriert. Es ging um eine äußerst preiswerte Möglichkeit zur nachhaltigen Qualitätsverbesserung für die „Hochschulen der Industriegeellschaft“. Der Bundestag hat **nicht** zugegriffen.

Müßten die Kolleginnen und Kollegen nicht zutiefst dankbar sein, daß Bundestag und Bundesrat nun beschlossen haben, die Zahl der C3-Planstellen dürfe nun von 50 auf 60 v. H. erhöht werden? Nein – ein Skandal ist es. So bezeichnete Clemens Klockner die maßgebende Entscheidung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages. Klockner ist Vorsitzender der Fachhochschul-Rektorenkonferenz, er spricht für alle deutschen Fachhochschulen. Ihm kann in dieser Funktion nicht das Etikett „Standespolitiker“ aufgeklebt werden. Deshalb zitiere ich seine Bewertung hier, in dem Organ des Hochschullehrerbundes.

Da mußten ganze Wälder erhalten für die Tonnen von Papier, die zur Schilderung des internen wie externen Notstandes bedruckt worden sind, da wurde gereist, aneinandergereiht mehrfach um den Erdball. Da ist nun endlich der fachlich zuständige Ausschuß für Bildung und Wissenschaft überzeugt worden – quer durch die Parteien, daß der erste Schritt 70 v. H. sein müßte und nicht 60 v. H. Der zuständige Finanzminister ließ dies unbeanstandet passieren, und dann ging es im Innenausschuß den Bach runter.

Und auch dort wieder war die Entscheidung parteipolitisch nicht festzumachen. Sicher ist nur eins: Die christlich-liberale Regierungs-Koalition, die im Wissenschafts-Ausschuß für 70 v. H. stimmte, war im Innenausschuß dagegen.

Der Alptraum von der Lawine, die damit losgetreten würde, sei bestimmend gewesen für die negative Entscheidung des Innenausschusses. Man fürchtete Nachforderungen anderer Beamtensategorien, angefangen von den beamteten Postboten über die Lokomotivführer bis zu allen Berufen, die angeblich beim Staat einen Hungerlohn verdienen, in der Wirtschaft viel mehr Kohle mache könnten und dennoch gern beim Staat bleiben.

Wo muß denn – außer bei den Fachhochschulen – der „Nachwuchs“ aus dem Markt erfolgreicher Manager und Ingenieure und Architekten usw. abgeworben werden? Liberale (die Eigenschaft, liberal zu denken und zu handeln, nehmen nicht nur „Die Liberalen“ für sich in Anspruch) sind doch für Marktwirtschaft und Wettbewerb. Konnten diese Liberalen nicht zwischen unterschiedlichen Beschaffungsmärkten unterscheiden? Der liberale Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat sich vermutlich ebenso wie der liberale Vorsitzende des NRW-Landtagsausschusses für Wissenschaft und Forschung die Haare gerauft.

Wettbewerb für die Hochschulen? Nur, wenn es nichts kostet? Wer glaubt denn wohl, daß es die Liebe zu den Beamten als solchen ist, wenn die Überlegungen anderer „Liberaler“, den Beamtenstatus an Hochschulen zur Disposition zu stellen, noch nicht so recht vorankommen? Nein: Teurer wären sie, die angestellten Hochschullehrer, denn man könnte das Argument lebenslänglicher Sicherheit nicht mehr kassenschonend einsetzen. Weil Professoren als Beamte nicht streiken dürfen, um endlich diese Beamtenlandschaftskonservatoren das Fürchten zu lehren, werden sie von den Zuarbeitern der Innenministerien nicht für voll genommen.

Vermutlich bleibt dieser Leitartikel die schärfste Reaktion auf die illiberale Entscheidung des Innenausschusses und somit des Deutschen Bundestages. Business as usual. Ausbau der Fachhochschulen? Mit wem? Lokomotivführern, Postboten und abgeordneten Beamten der Innenministerien, vielleicht sogar mit ehemaligen Innenministern als Lehrbeauftragten? Nach einem Monat Praxisbezug in einer Fachhochschule wären diese Platzhirsche des Beamtenreviers Liebhaber von Hochprozentigem, wenn nicht gar Hundertprozentigem. (G. E.)

¹ Siehe Leitartikel zu DNH, Heft 3/91, Seite 3.

Kommentar zum Inhalt dieses Heftes

Das Interview (S. 5 f.) mit dem im März dieses Jahres zum Präsidenten des *hlb* gewählten Hamburger Professor Dr. Reiner **Brehler** enthält Programmisches. Brehler entwickelt die langfristigen Ziele des *hlb* aus den sogenannten Berliner Thesen, die dem XIII. Kolloquium (Perspektiven wissenschaftlicher Berufsbildung im vereinigten Deutschland) als Diskussionsgrundlage gedient hatten. Hier zeigt sich Kontinuität: Die *hlb*-intern durchaus umstrittenen Thesen sind die Grundlage des Handlungsrahmens auch des neuen *hlb*-Präsidenten.

Professor Dr.-Ing. Joachim **Fruböse** (FH Darmstadt) stellt die Frage: **Ist ein Dr. (FH) erstrebenswert?** (Seite 9) und beantwortet sie negativ. Ein *Dr. (FH)* würde einer Entwicklung der FH zu einem „Lehrinstitut höchster Qualität“ schaden. Das mag wohl sein, nur wie steht es mit der Entwicklung zur *Hochschule*? Der Verfasser fordert als Kompensation für das eigene Promotionsrecht – wie die FRK – den direkten Zugang von besonders begabten FH-Absolventen zur Promotion an einer Universität.

Dies jedoch wird von der Standesvertretung der Universitäts-Professoren strikt abgelehnt. Der Herausgeber der DNH antwortet in dem Beitrag **Gefährliches Mißverständnis** (Seite 19) auf einen Aufsatz mit gleichlautender Überschrift, den der Justitiar des Deutschen Hochschulverbandes kürzlich in den Mitteilungen des DHV publiziert hat.

Da sitzen die (wofür eigentlich?) besonders begabten FH-Absolventen ganz schön zwischen allen Stühlen: Weder die Fachhochschulen noch die Universitäten wollen sie promovieren (d. h. über den erreichten ersten berufsqualifizierenden Abschluß hinaus fördern). Bleibt ihnen nur der Weg in das oder über das Ausland? Die Hochschule Bremen beispielsweise geht diesen Weg (siehe **Informationen, Gemeinsame Promotionsverfahren**, Seite 20).

Werden etwa in der hiesigen Diskussion zwei völlig verschiedene Perspektiven miteinander vermengt? Bei der universitären Promotion für FH-Absolventen handelt es sich um den Wechsel der Hochschulart; der geforderte direkte Zugang (d. h. ohne zweites universitäres Diplom) ist ein Sonderfall der allgemein zu gewährleistenden Durchlässigkeit. Anders ist es mit einem von der FH selbst anzubietenden Aufbaustudium, das zu einem zweiten akademischen Abschluß an der FH selbst führt. Dieser Abschluß kann der *Dr. (FH)* sein, er kann aber auch anders bezeichnet wer-

den. Für eine solche Vertiefung und Schärfung des FH-Profiles besteht – entgegen der Auffassung Fruböse – offenbar sowohl seitens der Absolventen wie der Wirtschaft Interesse. Zur vertiefenden Lektüre sei zurückverwiesen auf die Aufsätze von *Groh (Promotionsrecht für die Fachhochschulen, DNH 3/91, S. 4 f.)*, *Feuchthofen (Ans Herz gewachsen)* sowie die Replik des Herausgebers (*Marktwirtschaft ohne fairen Wettbewerb?* DNH 5/90, S. 9 f.).

Es ist wohl völlig abwegig, die vielfältigen Probleme der Weiterentwicklung der Fachhochschulen auf den „Promotionsaspekt“ zu verkürzen. Dieses Heft gibt die Möglichkeit eines Vergleichs der Positionen dreier Wissenschaftsminister, die in kurzem zeitlichen Abstand ihre Sicht der Dinge ausbreiteten (**Weitgehend einig?** S. 14). Das Nachlesen von ministerialen Redetexten ist nicht jedermanns Sache; in diesem Fall lohnt es aber.

Zunächst Wissenschaftssenator **Erhardt**, CDU (Berlin), der nun das von *Waldeyer* als *weitgehend vorbildlich* bezeichnete Berliner Hochschulgesetz (*Die Weiterentwicklung des Rechts der Fachhochschulen, DNH 4/90, S. 9 f.*) verwaltet. Das Gesetz war bekanntlich von der rot-grünen Koalition im Oktober 1990 verabschiedet worden. Mit einigen Bonmots (z. B.: „Je akademischer, desto berufsuntauglicher“) lobt er eingangs die Fachhochschulen, um zum guten (?) Schluß den Slogan des Wissenschaftsrates von der „*Andersartigkeit, aber Gleichwertigkeit*“ zu einer Attacke auf Verbandsfunktionäre (welche wohl?) und deren „Standespolitik“ zu nutzen.

Erhardt unterstellte, die Zunft der FH-Standespolitiker wolle *alle* strukturellen und rechtlichen Unterschiede zwischen Fachhochschule und Universität aufheben. Er zählte eine lange Latte von Unterschieden auf, die er für Berlin offenbar konservieren möchte. Und er griff damit tief in die Trickkiste politischer Argumentation. *Berechtigt* ist eine Forderung offenbar, wenn ihre Realisierung wenig kostet und hohen Nutzen verspricht. Zu einer *standespolitisch* motivierten Forderung wird sie, wenn sie, aus welchen Gründen auch immer, unbequem ist und/oder auf vermeintlich leere öffentliche Kassen trifft.

Im Anschluß daran werden zitiert der *Minister für Wissenschaft und Weiterbildung des Landes Rheinland-Pfalz, Zöllner* (SPD), und die niedersächsische *Ministerin für Wissenschaft und Kultur, Frau Helga Schuchardt*, parteilos in der rot-grünen Koalition.

Professor Dr. *Zöllner* (Medizin) war

vor seinem Wechsel in das Ministeramt Präsident der Universität Mainz. Seine Vision einer „*Offenen Hochschule*“ ist umfassender als der Ansatz der *Open University* (GB) oder der Forderung nach einem umfassenden **Hochschulzugang für Berufserfahrene** (siehe Bericht über die Tagung der *Hans-Böckler-Stiftung* auf Seite 22 in diesem Heft). *Zöllner* zieht eine wichtige Konsequenz für das Hochschulsystem der Bundesrepublik: „*Die Zukunft der Universität liegt im Ausbau der Fachhochschulen.*“ Er ist ebenso wie der Vorsitzende des Wissenschaftsrates *Simon* (vgl. Leitartikel *Folgenabschätzung* in Heft 1/91) damit gedanklich weiter als die meisten Universitäts-Rektoren und -Präsidenten.

Ministerin *Schuchardt* könnte diesen schon den Appetit verdorben haben, als sie auf dem Empfang der niedersächsischen Landesregierung für die Hochschulrektorenkonferenz die Ausbaupläne für Fachhochschulen und Universitäten ihres Landes dargestellt hat. Bei näherem Hinsehen bedeutet aber selbst ein räumlich gleichgewichtiger Ausbau von Universitäten und Fachhochschulen immer noch, daß das dicke Geld in den Ausbau der Universitäten fließt. Und doch klingt es ganz gut für die Fachhochschulen, wenn in den nächsten zehn Jahren wie auch an den Universitäten je 7 500 räumliche Studienplätze neu geschaffen werden sollen. Die Lebensverhältnisse der Universitäten werden sich damit verbessern, denn es soll lediglich „nachgebaut“ werden für die schon vorhandene Personalkapazität, während sich an der drangvollen Enge an den niedersächsischen Fachhochschulen bis zum Jahr 2000 nicht viel ändern wird. Hier nämlich wird auch das Personal und damit die Aufnahmekapazität für weitere 6 000 Studienplätze aufgestockt.

Appetitbeeinträchtigend für die Uni-Rektoren und -Präsidenten waren also eher die schon peinlichen Fragen, die *Frau Schuchardt* zum Verhältnis der Fachhochschulen zu den Universitäten in der HRK stellte. Aber das lesen Sie besser selbst nach – auf Seite 16 f. in diesem Heft.

Abschließend sei auf die Rubrik **Personalien** verwiesen. Sie hat in diesem Heft Premiere. Was halten Sie davon, von anderen Beiträgen oder gar von der DNH ganz generell? Ihre Briefe werden aufmerksam gelesen und vielleicht sogar – gekürzt oder gar ungekürzt – veröffentlicht. Deshalb besser gleich und kurz schreiben. Danke!

Professor Günther Edler,
Herausgeber der DNH

Das Interview

mit dem
Präsidenten des *hlb*,
Professor Dr.
Reiner Brehler



DNH: Herr Kollege Behler, Sie sind nun seit Jahresbeginn 1990 im Geschäftsführenden Präsidium des Hochschullehrerbundes, zunächst als einer der drei Vizepräsidenten und nun, seit Ende März 1991, als Präsident. Bitte nennen Sie einige wenige Schwerpunkte Ihrer bisherigen Arbeit.

Brehler: Der Präsident des *hlb* hat satzungsgemäß vier Aufträge zu erfüllen:

- Die Belange der Professoren an Fachhochschulen sind zu vertreten,
 - die Qualität der Fachhochschule ist zu erhalten und zu verbessern, und
 - die angemessene Eingliederung der Fachhochschulabsolventen in das Berufsleben ist zu unterstützen.
- Dazu ist mit geeigneten Organisationen und Parteien zusammenzuarbeiten.

Da der *hlb* föderativ gegliedert ist, verlangt die Außendarstellung seiner Vorstellungen zunächst eine starke Integrationsfähigkeit des Präsidenten nach innen. Diese Aufgabe habe ich mir bereits als Vizepräsident gestellt. Ich gehe davon aus, daß meine Wahl zum Präsidenten die Bestätigung dieses Ansatzes durch die Landesverbände war.

Unmittelbar vor meiner Wahl wurde die Satzung des *hlb* dahingehend geändert, daß die Anzahl der Vizepräsidenten verringert wurde. Damit hat der Präsident des *hlb* stärker als bisher die Möglichkeit, den Konsens der Landesverbände uni sono nach außen zu tragen. Die ersten Tage meiner Amtszeit waren diesen beiden Schwerpunkten gewidmet. Ich spüre, daß der Verband durch die Strukturveränderung, die er sich auferlegt hat, kooperationsfähiger geworden ist. Diese Entwicklung kommt meiner Auffassung von einer Amtsführung sehr entgegen. Ich habe Signale von verschiedenen Gesprächspartnern außerhalb des *hlb* empfangen, die zeigen, daß man einer engeren Zusammenarbeit mit uns sehr positiv gegenübersteht. Das Anbahnen von Kooperationen sehe ich als einen weiteren Schwerpunkt meiner Arbeit an.

DNH: Sie waren vor Ihrer Wahl in das Geschäftsführende Präsidium Vorsitzender des *hlb*-Landesverbandes Hamburg. Was motivierte Sie zur Übernahme eines Amtes, in dem nun die sehr unterschiedlichen Probleme der Fachhochschulen in den einzelnen Bundesländern zu einer einheitlichen Bundespolitik verschmolzen werden müssen?

Brehler: Mit diesen Problemen wurde ich während der sechs Jahre des Hamburger Landesvorsitzes als Mitglied des Präsidiums hinreichend bekannt. Die Mehrzahl der übrigen Landesvorsitzenden hat mich zur Kandidatur für das Amt des Präsidenten gedrängt. Man hat mir diese schwierige Aufgabe zugetraut. Ich werde mein Bestes geben, dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

DNH: Welche Bedeutung hat der *hlb* im Konzert der Interessenvertretungen für die Fachhochschulen und deren Professoren, Mitarbeiter und Studenten?

Brehler: Im Konzert der Interessenvertretungen für die Fachhochschulprofessoren spielt der *hlb* seit seinem Bestehen die erste Geige. Er ist wie kein anderer Verband auf diese Zielgruppe fixiert, und sein hoher Organisationsgrad zeigt, daß dies von den Fachhochschulprofessoren auch so gesehen wird.

Bei den Aufgaben, die Fachhochschulen zu promovieren und die FH-Absolventen in das Berufsleben zu integrieren, teilen wir uns die Kompetenz mit anderen Einrichtungen, insbesondere mit der FRK. Aber auch hier spielt der *hlb* eine eigenständige Rolle. Präsidenten und Rektoren werden durch andere Motive getrieben als die Professoren, die „vor Ort“ lehren und forschen. Der Ehrgeiz mancher Rektoren und Präsidenten, eine gut funktionierende Hochschule vorzeigen zu können, könnte allzuleicht auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen werden. Da nimmt der *hlb* ein Wächteramt wahr, denn er hat sein Ohr näher am „Fußvolk“.

Um unnötige Frontenbildung zu vermeiden, muß man beim Herannahen von Interessenkonflikten miteinander reden. Ich greife das Bild des Konzerts der Interessenvertreter nochmals auf: Auch der erste Geiger muß sich vor dem Auftritt mit allen anderen abstimmen, damit ein wohlklingendes Gemeinschaftswerk zur Aufführung gelangt.

DNH: Sie betonen die Rolle der Standespolitik für die Professoren, die vom *hlb* verfolgt wird. Die mit dem *hlb* konkurrierenden Organisationen – der Verband Hochschule und Wissenschaft (VHW) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) – erheben den Anspruch, alle Mitgliedergruppen aller Hochschularten zu vertreten. Erleichtert dies nicht diesen Mitbewerbern ebenso wie denen, die bisher die Fachhochschulen (und ihre Professoren) klein hielten, die vom *hlb* erhobenen Forderungen als „Standespolitik“ zu diffamieren und abzutun? Warum beschränkt sich der *hlb* auf die Professoren, die an Fachhochschulen und Gesamthochschulen tätig sind, und läßt selbst Lehrkräfte für besondere Aufgaben außen vor?

Brehler: Jede Münze hat zwei Seiten. Verbandsarbeit bei scharf definierter Zielgruppe ist einfacher als das Hüten eines Sackes voller Flöhe, die in alle Himmelsrichtungen springen wollen. Wer – wie beispielsweise die GEW – die Fachhochschulprofessoren nur als Randgruppe ansprechen kann, weil eine massive Mehrheit von Lehrern zwangsläufig durchsetzt, daß ihre Interessen vorrangig vertreten werden, tut sich bei der Profilierung von Fachhochschulfragen deutlich schwerer als wir.

FRK und *hlb* waren sich bisher einig in dem Bestreben, den Lehrkörper an Fachhochschulen homogen zu halten. Der Wissenschaftsrat hat mit seiner Empfehlung, keinen lehrenden Mittelbau an Fachhochschulen zu installieren, diese Grundhaltung bestätigt.

Angesichts der europäischen Herausforderung an das Fachhochschulstudium sehe ich aber erneut Klärungsbedarf bei den Lehrkräften für besondere Aufgaben, die es bisher an Fachhochschulen kaum gibt. Wenn die Fremdsprachenorientierung durch „native teachers“ betrieben werden soll, ist zunächst einmal die Lehrkraft für besondere Aufgaben wieder im Gespräch. Man wird abklären müssen, wie die Modelle letztendlich realisiert werden sollen.

DNH: Sie haben bereits Kontakte mit VHW und GEW aufgenommen, und auch mit der FRK streben Sie eine engere Zusammenarbeit an. Es ist sicherlich richtig, daß die relativ schwache Lobby für die Fachhochschulen und ihre Professoren durch abgestimmte und gebündelte Politik gestärkt werden kann. Wie soll das aber praktisch vor sich gehen? Und wie steht

es mit der Identität des hlb als dem unstrittig mitgliederstärksten Verband aus dem Kreis der FH-Professoren?

Brehler: Identitätsprobleme zwischen VHW und GEW auf der einen und dem hlb auf der anderen Seite ergeben sich schon deswegen kaum, weil alle anderen mit uns bedingt konkurrierenden Verbände oder Gewerkschaften sich nicht so eindeutig wie wir mit den Professoren der Fachhochschulen und mit der Institution Fachhochschule identifizieren können und – mit Rücksicht auf sonstiges Potential – auch nicht identifizieren dürfen. Die Zusammenarbeit bleibt deshalb auf Teilbereiche beschränkt, wie z. B. eine „Tarifgemeinschaft“ auf Zeit.

Die Zusammenarbeit mit der FRK muß andere Züge tragen. Viele unserer Mitglieder, welche die Rektorenwürde tragen, sind dort ebenso geistig beheimatet wie bei uns. Es war deshalb auch nicht verwunderlich, daß die Stellungnahmen der FRK – von einem Teilbereich abgesehen – unseren Intentionen durchaus entsprachen.

Daß die Lobby der Fachhochschulen ausgesprochen schwach sein soll, kann ich nicht bestätigen. Die Lobby der Universitäten ist im politischen Raum massiver. Mit zunehmender Kapazitätserweiterung der Fachhochschulen wird sich daran aber zwangsläufig etwas ändern. *Panta rei* – alles fließt. Diese den Universitäten aus Büchern durchaus bekannte Weisheit werden sie noch in diesem Jahrhundert auch zu spüren bekommen.

Ich komme zurück zur Frage, wie die Zusammenarbeit nun konkret realisiert werden soll und benutze nochmals das Bild des „ersten Geigers“: Er gibt den Kammerton an, und die anderen stimmen ihre Instrumente nach. Das ist Kommunikation vor dem entscheidenden Auftritt.

DNH: *Dem hlb werden gern Etiketts aufgeklebt: Er sei das Sammelbecken der alten Ingenieurschul- und Fachschuldozenten aus der Gründerzeit, sei überhaupt konservativ und habe mit den künstlerischen und sozialwissenschaftlichen Disziplinen nichts am Hut. Anwendungsbezogene Forschung und künstlerische Entwicklung, Technologietransfer, wissenschaftliche Weiterbildung, Ausbildung eines fachhochschulspezifischen Nachwuchses an wissenschaftlichen Mitarbeitern: Das alles läge dem hlb fern. Er sei ein Status- und Besoldungsverein. Wie sieht das Programm des hlb tatsächlich aus?*

Brehler: Das wäre eine böswillige Verleumdung, die mir so auch noch nie zu Ohren kam. Ich kann nicht ausschließen, daß einzelne Vorurteile dieser Art von Konkurrenten oder auch von Kolleginnen und Kollegen gepflegt werden, die sich die Mitgliedschaft im hlb nicht leisten wollen. Zur Entkräftung einige Beispiele:

Der hlb vertritt in Anlehnung an die jüngsten Empfehlungen des Wissenschaftsrates eine Kapazitätserweiterung der Fachhochschulen, die qualitativ weit in das Fächerspektrum der Universitäten hineinreicht. Der hlb setzt sich sehr konkret für das Promotionsrecht der FH-Absolventen ein, er ist also nicht so konservativ wie der Wissenschaftsrat und die FRK. Wer sich wie wir für die Abschaffung der Bezeichnung Fachhochschule einsetzt, weil sie schon jetzt zu eng ist, dürfte Ziele haben, die über die eines Besoldungsvereins weit hinausgehen. Das Programm des hlb ergibt sich aus den neun Berliner Thesen:

- Allgemeine und fachgebundene Hochschulreife nach 12 Schuljahren,
- Substitution des irreführenden Begriffs „Fachhochschule“, ohne die jetzigen Inhalte aufzugeben,
- Durchlässigkeit zwischen allen Hochschularten,
- Wissenschaftlicher und künstlerischer Mittelbau,
- Festschreibung der gegebenen Berufungsvoraussetzungen für Professoren,
- Forschung und (künstlerische) Entwicklung als Dienstaufgabe der Fachhochschulprofessoren,

- Einheitliche Basisbesoldung für alle Professoren im Hochschulbereich,
- Änderung des Laufbahnrechts für Fachhochschulabsolventen.

DNH: *Mit der Vereinigung der bisher getrennten Teile Deutschlands ergaben sich neue Herausforderungen für die Fachhochschulen in den westlichen Bundesländern und die Notwendigkeit, entsprechende Hochschulen in den östlichen Bundesländern aufzubauen. Welche Rolle übernahm hier der hlb?*

Brehler: Wir haben die flächendeckende Einrichtung von Fachhochschulen in allen fünf neuen Bundesländern und im östlichen Teil von Berlin gefordert, weil die dort entstehende Wirtschaft vor allem Fachhochschulabsolventen benötigt.

Wir haben die Ingenieurhochschulen der ehemaligen DDR unter Berufung auf gemeinsame Wurzeln, die länger als vierzig Jahre zurückreichen, ermuntert, sich in die Fachhochschulandschaft integrieren zu lassen.

Wir haben bisher mit Erfolg darauf hingearbeitet, daß sich die Berufungspraxis an den neuen Fachhochschulen an den bisherigen Maßstäben orientiert und vollzieht, damit in den neuen Bundesländern keine verfälschten Profile entstehen oder gar der gewünschte Wirkungsgrad ausbleibt.

Wir haben es vermieden, die Organisationsstruktur unseres Verbandes allzu beitrtrittswilligen Altkollegen aus der ehemaligen DDR vor den dort ablaufenden Selbstreinigungsprozessen zur Verfügung zu stellen.

DNH: *Sie haben sich dafür ausgesprochen, daß sich junge Kollegen aus den westdeutschen Fachhochschulen auf C3-Professuren in den neuen Bundesländern bewerben oder sich auf Zeit dahin abordnen lassen, um nach der Rückkehr mit einer C3-Professur belohnt zu werden. Dieser Vorschlag fand nicht überall eine positive Aufnahme. Wurden Sie hier mißverstanden?*

Brehler: Bereits die Fragestellung enthält Mißverständnisse. Ich begrüße es, wenn sich Kollegen oder andere dafür qualifizierte Bewerber um in den neuen Bundesländern ausgeschriebene C3-Stellen bemühen. Sie nehmen damit finanzielle Einbußen in Kauf, um bei der Aufbauarbeit mitzuhelfen. Dies zu tun oder zu lassen, ist deren private Entscheidung. Eine „Rückkehr“ in das frühere Bundesland ist nach den gegebenen Spielregeln nicht vorgesehen. Ich habe das Wort Rückkehr in diesem Zusammenhang nie in den Mund genommen.

Darüber hinaus begrüße ich es, wenn die alten Bundesländer in das Programm zur Entsendung von Leihbeamten auch Fachhochschulprofessoren aufnehmen. Dies zu tun oder zu lassen, ist Sache der alten Bundesländer. Ein Motiv zum Mitmachen könnte für C2-besoldete Kolleginnen und Kollegen sein, daß sie außerhalb der Stellenobergrenzen unverzüglich nach C3 eingestuft werden. Ich glaube aber nicht, daß sich einmal berufene Kolleginnen und Kollegen nochmals qualifizieren müssen, um in den Genuß einer C3-Stelle zu kommen, denn diese steht ihnen ohnehin zu.

DNH: *Seit Ihrem Amtsantritt ist ein halbes Jahr vergangen. Wie steht es mit Ihrer Motivation? Gab es Frustrationen? Haben Sie die dem Präsidenten des hlb gestellten Aufgaben richtig eingeschätzt?*

Brehler: Die wesentlichen Probleme waren mir bekannt. Deshalb hat es auf meiner Seite bisher keine Fehleinschätzungen gegeben. Meine Motivation ist sogar gestiegen. Sobald eine Aufgabe konkrete Formen annimmt – und das war nach meinem Amtsantritt der Fall –, wird für mich die Herausforderung größer und damit auch die Motivation.

Die Fragen stellte der Herausgeber der DNH.

Wirtschaft und Fachhochschulen Perspektiven für das Jahr 2000

Der nachfolgende Aufsatz ist das überarbeitete Referat, das der Abteilungsdirektor der Zentralabteilung Personal der SIEMENS AG am 3. 11. 1990 anlässlich des 10. Fachhochschulkongresses der CDU Hessen in Bad Homburg gehalten hat.

Es gibt wohl kaum eine Ausbildungsrichtung, in der die Wechselbeziehungen zwischen Ausbildung und Anwendung, sprich zwischen Hochschule und Industrie, eine so lange und gute Tradition haben wie das in der Technik der Fall ist, so daß wohl auch damit begründet werden kann, daß zwischen Ausbildungsergebnis an den Hochschulen und beruflichen Anforderungen in der Praxis keine übergroßen Differenzen entstanden sind.

Um die Situation des Fachhochschul-Absolventen in der Industrie zu beschreiben, will ich am Beispiel eines Großunternehmens der Elektroindustrie einige Relationen aufzeigen. Ganz untypisch werden solche auf ein Unternehmen bezogene Aussagen in diesem Fall nicht sein, da der Bezugspunkt das Unternehmen mit der größten Zahl beschäftigter Ingenieure und den vielfältigsten Arbeitsgebieten für Ingenieure ist.

Über 20% der Belegschaft sind Ingenieure, Naturwissenschaftler oder Informatiker. Dieser Anteil wächst. Den Sättigungspunkt kann man heute nur spekulativ bestimmen. Man kann vermuten, daß er bei 25% erreicht sein wird. Seit Jahrzehnten hält sich die gleiche Relation zwischen Universitäts-Ingenieuren und Fachhochschul-Ingenieuren mit 1:2, d. h. wir beschäftigen doppelt so viele Fachhochschul-Absolventen als Universitäts-Absolventen. Das gilt nicht für alle Fachrichtungen, z. B. nicht für die Informatik. Hier haben die Fachhochschulen sehr spät mit der Ausbildung begonnen, daher haben die Universitäts-Absolventen die Mehrheit. Wichtiger ist die Antwort auf die Frage, ob es Aufgaben bzw. Funktionsbereiche gibt, in denen Ingenieure von der Fachhochschule oder Ingenieure von der Universität die Überhand haben. Damit wäre ein Hinweis gegeben auf den Zusammenhang zwischen einer besonderen Abschlußqualifikation und besonderen Aufgaben in der Praxis.

Verhältnis Uni- zu FH-Absolventen	Uni	FH
<i>Entwicklung</i>		
in den Labors der angewandten Forschung	8	1
in den Labors der Produktentwicklung	1,1	1,0
in der Konstruktion	1,0	3,5
in der Entwicklung von Fertigungsverfahren	1,0	1,2
<i>Vertrieb</i>		
in Akquisition und Kundenberatung	1,0	2,7
in techn. Angebots- und Auftragsbearbeitung	1,0	2,3
in Produkt- und Systembetreuung	1,0	1,2
<i>Fertigung</i>	1,0	3,5

Die Anfangsgehälter der Fachhochschul-Absolventen liegen in etwa 10% unter denen der Universitäts-Absolventen. Dies scheint uns schon allein deshalb gerechtfertigt zu sein, weil das Studium kürzer ist und die Absolventen jünger in den Beruf kommen. Das Einkommen entwickelt sich in etwa so, daß im Alter, in dem normalerweise ein Universitäts-Absolvent seine berufliche Tätigkeit beginnen kann, der Ingenieur einer Fachhochschule dann das gleiche Einkommen erreicht hat. Die Entwicklungschancen sind für beide gleich. Eine Einschränkung aufgrund eines bestimmten Ausbildungsabschlusses gibt es nicht, d. h. der Ingenieur der Fachhochschule hat die gleichen Chancen wie der Ingenieur der Universität. Eine ähnliche Lösung könnte man sich ja auch im Staatsdienst vorstellen.

Etwas, was für die jungen Absolventen beider Hochschularten gilt, sei noch hinzugefügt. Junge Ingenieure tragen heute für die fachliche Komponente der Arbeit eine besonders große Verantwortung. Sie tragen rascher als früher Verantwortung für fachliche Entscheidungen, oft aber auch für das Management eines Arbeitsvorgangs. Der Ausbildungsstandard ist deshalb mit Blick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wichtiger als je zuvor. Das erklärt vielleicht, warum die Industrie daran interessiert ist, immer wieder auch Input in die Ingenieur-Ausbildung zu geben und mit Rat und Tat zu helfen.

Was hat die Fachhochschulen so erfolgreich gemacht?

Ich reihe einige Punkte auf und will sie zunächst nicht kommentieren. Dies folgt später.

1. Die anwendungsbezogene Lehre steht im Vordergrund des Fachhochschulkonzepts.
 - Damit hängen zusammen die Betonung der Praxiserfahrung der Professoren und deren pädagogisch-didaktische Qualifikation.
 - Freisemester für eine Mitarbeit in der Wirtschaft sind für die Professoren unverzichtbar.
 - Die Praktischen Studiensemester für die Studenten in der Industrie haben einen hohen Stellenwert.
2. Eine straffe Organisation von Studium und Prüfungen mit dem Effekt kurzer Studienzeiten.
3. Seminaristischer Unterricht mit Gruppenarbeiten, die sich betrieblichen Arbeitssituationen annähern.
4. Ein hoher Anteil an Übungen und Laborpraktika in der Hochschule.
5. Die Unterstützung seitens der Politik und der Regierungen.
6. Die Unterstützung seitens der Wirtschaft.

Was ist aus dem ursprünglichen Konzept geworden?

Wo immer man mit Vertretern von Fachhochschulen zusammenkommt, ist das Verhältnis Fachhochschule zu Universität ein besonders wichtiger Gegenstand der Diskussion. Ich frage mich dann oft, warum sich die Fachhochschulen so wenig selbstbewußt und charakterstark zeigen. Einerseits meinen sie schon auch, eigenes Profil, besonderen Charakter zu haben – andererseits leiten sie in erheblichem Maße die Beurteilung ihrer Situation von den Universitäten ab.

Sie wollen manches ähnlich tun bzw. ähnlich sein wie die Universitäten. Ich meine, sie sollten statt dessen etwas *besser* tun wollen als die Universitäten und sich dazu bekennen. Und das kann und sollte nur die Lehre sein. Doch von der Weiterentwicklung der Lehre hört man nichts, außer daß von allen Beteiligten – den Vertretern der Fachhochschulen, den Politikern, den Regierungen beteuert wird: die Lehre stünde in den Fachhochschulen obenauf.

Getan wird statt dessen viel, um die Möglichkeiten der angewandten Entwicklung an den Fachhochschulen zu verbessern.

Das ist in gewissem Umfang auch richtig und notwendig. Aber darin liegt die Gefahr, daß die Lehre ähnlich wie an den meisten Universitäten auf den zweiten Platz wegrutscht.

Warum ist der Wirtschaft diese Lehre so wichtig? Man sagt dem Ingenieur oft nach, daß er zwar voller Faktenwissen steckt, eine hohe Fachkompetenz schon von der Hochschule mitbringt, daß aber die anderen Qualifikationsbestandteile, wie z. B. Methodenkompetenz, Sozialkompetenz, Systemkompetenz zu schwach ausgeprägt sind und im Studium schon kaum angelegt werden können. Die Arbeitswelt von heute verlangt aber dringender als je zuvor hinreichende Anteile solcher Kompetenzen.

Praxisbezug, dem die Fachhochschule ja in besonderem Maße verpflichtet ist, muß also auch darauf eingehen. Und das ist in erster Linie Sache der Lehre, von besonderen didaktischen Lehrformen. Wo sind diese, wo werden sie entwickelt, wo werden sie als besondere Leistungen eines Fachhochschullehrers anerkannt?

Um meine Aussagen zu begründen, zähle ich einige Entwicklungen der letzten Jahre auf:

1. Der den steigenden Studentenzahlen hinterherhinkende Ausbau der Fachhochschulen hat insbesondere der Lehre geschadet.
2. 18 Wochenstunden sind für den lehrbewußten Professor zuviel. Übrigens auch für den Professor, der sich besonderen Entwicklungsaufgaben zuwendet, doch davon wird ja überall laut gesprochen, von den Auswirkungen auf die Lehre weniger.
3. Die technische Ausrüstung der Labors usw. ist im allgemeinen gut, sie muß in erster Linie auf die Lehre hin konzipiert sein, nicht auf potentielle Entwicklungsaufgaben. Um gute Ausbildung daran zu machen, ist die personelle Ausstattung für das komplizierter gewordene Gerät versäumt worden.
4. Bei den Berufungen von Professoren steht die Promotion im Vordergrund. Das ist fahrlässig und gefährlich: promovierte Ingenieure bringen fast ausschließlich praktische Erfahrungen aus Entwicklungslabors mit. Praxisbezug meint aber auch die anderen Funktionsbereiche, wie Fertigung, Projektierung, Vertrieb, Qualitätssicherung usw. Aus diesen Praxisbereichen entnommene Aufgabenstellungen müssen zwangsläufig immer seltener werden; wir spüren es jetzt schon, daß die guten Fachhochschul-Absolventen nahezu alle in die Entwicklung wollen. Praxisbezug wird auf diese Weise eingeschränkt. Außerdem werden die Einarbeitungszeiten der jungen Fachhochschul-Ingenieure länger, das gerade dort, wo es sehr praktisch zugeht, z. B. in der Fertigung. Ob das bereits als Alarmsignal zu werten ist, wage ich noch nicht zu beurteilen.
5. Die Studienzeiten an den Fachhochschulen steigen ebenfalls, auch wenn man heute bei diesem Thema meist die Universitäten meint. Die Quote der Studienabbrecher steigt auch. Hierfür gibt es verschiedene Gründe; ich erwähne die Qualität der Lehre und einige interne Unzulänglichkeiten.

Weiterentwicklung der Fachhochschule

Es scheint nach dem Gesagten nicht so abwegig zu sein, die Fachhochschule weiterzuentwickeln. Ich sehe hierfür eine Reihe von Möglichkeiten, z. T. aus weiteren Überlegungen.

1. Soll Praxisbezug in deutlicher Form erhalten bleiben, ist die Praxiserfahrung der Professoren zu stärken: das erste Berufungskriterium darf nicht die Promotion bleiben. Mehrjährige erfolgreiche Tätigkeit in der Ingenieurpraxis, auch ohne promoviert zu haben, muß wieder das Hauptkriterium werden. Praxiserfahrung der Professoren muß ein bunter Strauß aus allen möglichen beruflichen Aufgaben-

feldern sein und darf nicht überwiegend aus einem Funktionsbereich kommen.

Das Praxissemester für den Professor muß obligatorisch werden. Dazu ist in der derzeitigen Situation der FH wohl erforderlich, in Teilmengen vorzugehen. Z. B. sollten alle Professoren 5 bis 7 Jahre nach der Berufung offiziell und mit Hilfe der Ministerien in die Praxis gehen müssen. Bisher war es als Wunsch ja schon formuliert, die Realisierung verlangte jedoch eine besondere private Anstrengung des Professors; er mußte seine Aufgaben unter Kollegen verteilen, d. h. betteln. Das Ergebnis ist als unzureichend bekannt.

2. Es gibt heute Fachhochschulen, die den Studenten nicht *mehr* Praktika in der Wirtschaft abverlangen als einige Universitäten. Das hervorragend funktionierende Muster, mit zwei praktischen Studiensemestern, wie sie in Bayern und Baden-Württemberg seit längerer Zeit eingeführt sind, muß obligatorisch werden. Als freiwillige Einrichtung funktioniert das nicht.
3. Es müssen Leistungsanreize für die Professoren geschaffen werden, die insbesondere die Lehre betreffen. An den Universitäten gibt es solche, die auf FuE abzielen. Bevor solches an allen Fachhochschulen um sich greift, muß die Zuwendung zur Lehre wieder Platz eins erhalten. Für FuE gibt es bei den Universitäten z. B. die DFG. Warum nicht eine DLG, Deutsche Lehrgemeinschaft, für die Fachhochschulen? Ich bin sicher, daß die Wirtschaft dies kräftig unterstützen würde. Ich möchte sagen, daß ich Lehre für schwieriger als FuE halte. Sie ist in ihrer Wirkung breitbandiger, leider unsicherer. Um so stärker sind entsprechende Anstrengungen in der Lehre zu fordern. DLG müßte ja nicht gleich eine gesamtdeutsche Einrichtung werden. Damit könnten schon einige einzelne Fachhochschulen oder ein einzelnes Land beginnen. Ein Leistungsanreiz für die Lehre wäre es auch, wenn bestimmte mengenabhängige Mittel für die Hochschulen nicht nach der Zahl der Studenten, sondern nach der Zahl der Hochschulabsolventen bemessen würden. Die Professoren würden dann dafür belohnt, wenn sich die Studienzeiten verkürzen und die Schwundquoten verringern.
4. Die Rahmenbedingungen müssen an den Fachhochschulen verbessert werden:
 - a) Geringere Lehrverpflichtung der Professoren. Nicht Menge, sondern pädagogisch gestärkte und praxisorientierte Qualität der Lehre muß im Vordergrund stehen.
 - b) Berücksichtigung der Tatsache, daß teures und kompliziertes Equipment nur durch geeignete Mannschaft gezielt und mit hohem Ausnutzungsgrad betrieben werden kann, muß zu einer besseren personellen Ausstattung der FH führen.
 - c) Die Zahl der Studenten, die ein Professor zu lehren und zu betreuen hat, ist an einer Fachhochschule eine wichtigere Größe als an einer Universität. Diese Relation ist aus den Fugen geraten. Man muß ja nicht gleich Relationen im Auge haben, wie sie an den Hochschulen der neuen Bundesländer herrschen. Aber als Näherungswert wäre das nicht so falsch. Das bedeutet, daß die Zahl der Professoren erhöht werden muß.

5. Die Fachhochschulen haben sich schwer getan, in der EG die gebührende Anerkennung zu finden. Die Anerkennung ist jetzt wohl keine Frage mehr. Ein Grund für die Schwierigkeit ist auch gewesen, daß die Deutschen zu diesem Thema mit verschiedenen Zungen gesprochen haben. Ich darf versichern, daß wir aus der Wirtschaft einen kräftigen Beitrag, unsere EG-Partner zu überzeugen, geliefert haben.

Allerorten wird von dem EG-tauglichen Ingenieur gesprochen. Richtig. Ich meine aber, am Anfang sollte der EG-

taugliche Professor stehen. Das Praxissemester könnte doch auch in einem anderen Land als in Deutschland, oder in besonderen Fällen auch in einer Hochschule eines anderen EG-Landes gemacht werden. Damit flössen auch gute Fremdsprachenkenntnisse in die Vorlesungen an der Heimat-Fachhochschule ein. Fremdsprache bräuchte dann vielleicht kein eigenes Fach mehr zu sein.

Jede Fachhochschule sollte einen eigenen „Außenminister“ haben. Dieser hätte die Aufgabe, die zahlreichen Bemühungen einzelner Professoren und Kontakte zu ausländischen Hochschulen zu pflegen und den Studentenaustausch zu bewerkstelligen, kräftig zu unterstützen und offiziell in den EG-Förderprogrammen z. B. ERASMUS, COMETT und TEMPUS mitzuwirken. Der Austausch von Studenten und Praktikanten über die Grenzen hinweg muß verstärkt werden. Das ist ja nicht nur gut für die Ausbildung, wichtiger noch ist das Schlagen von Brücken über die Grenzen und das Finden von Freunden in anderen Ländern.

Ich kenne u. a. die private Ecole Polytechnique Féminine (EPF) in Paris. Ca. 80% der Studenten – diese Schule ist die einzige Ingenieur-Hochschule für Frauen – absolvieren ein Praktikum im Ausland, von den USA bis demnächst Polen und Ungarn. Welche Hochschule in Deutschland hält einem Vergleich stand?

Zum Schluß will ich einen Vorschlag unterbreiten, der sich eigentlich nicht an die bestehenden Fachhochschulen wendet, sondern musterhaft an eine noch zu gründende. Dabei denke ich, daß die Chancen gar nicht so schlecht stehen, denn in einigen Ländern wird ja über die Neugründung von Fachhochschulen laut nachgedacht. Mein Vorschlag hat zum Ziel, eine stärkere Beteiligung der Wirtschaft und eine modifizierte Hochschulverfassung zu erreichen bzw. einzuführen. Natürlich ist die Wirtschaft heute schon offizieller Gesprächspartner der Fachhochschule, meist in Kuratorien, Beiräten u. ä. Da ich selbst Mitglied mehrerer Einrichtungen bin, weiß ich die Wirksamkeit aus der Sicht der Wirtschaft wohl zu beurteilen. Mein Eindruck ist der einer Alibifunktion. Wirkliche Mitgestaltung bei Lehre, Lehrinhalten, Arbeitsabläufen in der FH usw. habe ich nur in seltenen Fällen erlebt. Im Sinne der Praxisanpassung sollten Einrichtungen geschaffen bzw. die bestehenden so ertüchtigt werden, daß das Wissen und die Anforderungen der Wirtschaft und ihre Lösungshilfen voll zum Tragen kommen können.

Zum zweiten: zu einer modifizierten Hochschul-Verfassung. Sie muß so beschaffen sein, daß das Prinzip der individuellen Verantwortlichkeit stärker zur Geltung kommt, und zwar für alle am Geschehen in einer Fachhochschule Beteiligten bis zur Hochschul-Leitung.

Eine Fachhochschule sollte auch wie ein Betrieb gesehen werden, d. h. klare Verantwortungsstrukturierung für vereinbarte Zielvorstellungen, verbunden mit ausreichenden Kontrollmöglichkeiten, sollten vorhanden sein. Dazu möchte ich auch die Möglichkeit einer flexiblen Haushaltsgestaltung und den weitgehend eigenverantwortlichen Einsatz der Haushaltsmittel zählen.

Eine Kuratorialverfassung, in der die Hochschule, die staatlichen Organe und die Wirtschaft gleichrangig vertreten sind, könnte ein Lösungsansatz sein. Dazu sollten kommen klare Weisungs- und Abstimmungskompetenzen und mehr Verantwortlichkeit der Hochschulleitung und der Dekane.

Damit wäre Bewertung der Leistung möglich, die Kompetenz der gewählten Hochschulgremien würde auf wesentliche fachliche Angelegenheiten beschränkt, und unter der Voraussetzung, daß eine solche Fachhochschule kein singuläres Ereignis bleibt, wäre auch Konkurrenz- und Leistungswettbewerb untereinander möglich und angesagt.

Meine Hoffnung, daß auch Ungewöhnliches ernsthaft erwogen wird, gründet sich darauf, daß Fachhochschule, Staat, Po-

litik und Wirtschaft hierzu die gleiche Wellenlänge haben und auf die seltene Gelegenheit, neue Fachhochschulen zu gründen und dabei neu gestalten zu können.

Nicht alles konnte und sollte für den Leser neu sein. Manche Ansicht wird er heute bestätigt gefunden haben. Anderes wird ihn sicherlich zum Nachdenken herausfordern. Das war auch die Absicht. Internationaler Erfolg der Wirtschaft gründet auf der Qualifikation und dem Engagement der Mitarbeiter. Ich zögere nicht, zu behaupten, daß wir in Deutschland das beste Ausbildungssystem haben. Das beginnt bei der dualen Ausbildung in gewerblichen Berufen und gilt auch für die Ingenieurausbildung an den Hochschulen. Die Zweigliedrigkeit, Fachhochschule-Universität, ist ein besonders wichtiger Beitrag hierzu. Geben wir acht, daß diese erhalten bleibt und nicht irgendwo im Spannungsfeld zwischen Fachhochschule und Universität verfliehet.

Das „Made in Germany“ muß ergänzt werden durch „Qualified in Germany“.

Anschrift des Verfassers:

*Dipl.-Ing. Günter Steinbach
Siemens AG ZPP 3
Postfach 32 40
W-8520 Erlangen*

Joachim Fruböse

Ist ein Dr. (FH) erstrebenswert?

Zur Zeit wird kontrovers darüber diskutiert, ob die Fachhochschulen ein eigenständiges Promotionsrecht anstreben sollen. Das Präsidium des HLB propagiert ein solches [1] bis [4], obwohl eine Vielzahl der HLB-Mitglieder anderer Ansicht ist.

Unstrittig ist, daß besonders begabte FH-Absolventen einen unmittelbaren Zugang zu einer Promotion erhalten müssen. Hierzu zeigt z. B. das novellierte Universitätsgesetz des Saarlandes einen guten Weg auf, wenn dort gefordert wird, daß „die Promotionsordnungen der Universität Bestimmungen enthalten sollen, wonach entsprechend befähigten FH-Absolventen der Zugang zur Promotion ermöglicht wird.“

Wissenschaftlich begabte FH-Absolventen sollen also einen vollwertigen Doktorgrad erreichen können, der den Zugang nicht nur zu den anwendungsbezogenen, sondern auch zu allen wissenschaftlichen Berufswegen öffnet.

Zukunftswisend ist die Forderung des genannten Gesetzes, daß „die gemeinsame Betreuung von Promotionen durch Professoren der Universität und der Fachhochschule gefördert werden soll“. Bei diesem „kooperativen Modell“ kann nämlich die FH an der Forschung der Universität teilhaben, ohne daß sie ihren besonderen Charakter aufgibt. Der Gedankenaustausch zwischen FH und Universität wird zum beiderseitigen Nutzen gefördert. Die für Forschungseinrichtungen eingesetzten öffentlichen Mittel können volkswirtschaftlich möglichst wirkungsvoll genutzt werden.

Durch ein eigenständiges Promotionsrecht der FH würden dagegen nicht nur die vorstehenden Vorteile entfallen, sondern die FH würde außerdem wesentliche Nachteile erleiden, die in nachfolgenden 6 Punkten aufgezeigt werden:

[1] Die neue Hochschule (DNH) 1/91, S. 4: Berliner These Nr. 3

[2] DNH 3/91, S. 6, 2. Spalte: H. Groh, Promotionsrecht für FH

[3] DNH 3/91, S. 12, 2. Spalte: W. Gross, Wiss. Berufsausbildung ...

[4] Info 1/91 des HLB Hessen, S. 16 unten

1. Der eigenständige Charakter der FH nimmt Schaden

Die FH hat seit ihrer Gründung durch engagierte, praxisverbundene Lehre ein eigenes Profil entwickelt. Der Erfolg und die besondere Wertschätzung der FH in der Öffentlichkeit beruhen wesentlich auf dem besonderen Engagement der FH-Professoren für eine Lehre, die auf Theorie und Praxiserfahrung fußt. Oft haben sich die Professoren gerade deshalb an einer FH beworben, weil sie besonderes Interesse, Freude und nicht selten Begabung gerade für die Lehre mitbringen.

Sofern das Engagement dieser offensichtlich erfolgreichen FH-Professoren wesentlich in andere Bahnen gelenkt würde, müßte die Lehre notgedrungen zurücktreten. Dies würde insbesondere bei Übernahme der anspruchsvollen und ehrgeizigen Aufgabe einer eigenständigen Doktorandenbetreuung der Fall sein.

Es würde also gerade derjenige Wesenskern der FH verkümmern, der die FH so erfolgreich gemacht hat.

2. Neuberufungen werden noch schwieriger

Die Besetzung vakanter Professorenstellen bereitet bekanntlich große Schwierigkeiten. Gesucht ist der fachlich hochqualifizierte, praxiserfahrene Hochschullehrer mit ausgewogener Kenntnis seines Lehrgebietes, weniger der eng spezialisierte Forscher. Wenn jedoch die Betreuung von Dissertationen zur Pflicht und Dienstaufgabe des FH-Professors werden würde, so würde mancher hervorragende Praktiker, der sich bisher von der Lehraufgabe an einer FH angezogen fühlte, von der Bewerbung um eine FH-Professur Abstand nehmen.

Andererseits wird ein hochbegabter, vielseitiger Forscher nach wie vor den Weg in die Spitzenposition an einer Universität suchen. Es muß gefragt werden, wer dann überhaupt noch FH-Professor werden will. Und es muß bedacht werden, daß bisher der hervorragende Lehrer und nicht der mittelmäßige Forscher den Charakter der FH prägte.

3. Forschung soll der Lehre dienen und nicht sie entwerten

Oft läßt die Lehre an Universitäten gerade deshalb Wünsche offen, weil dort die Professoren ihren Forschungsinteressen und der Betreuung von Promotionsarbeiten den Vorrang geben. Das ist erklärlich; denn in der Öffentlichkeit wird der Rang eines Universitätsprofessors allgemein an seinen Forschungsergebnissen und weniger an der Qualität seiner Lehre gemessen. Es gilt: „Publish or perish!“ Eine Nachfolge der FH in diese Richtung wäre fatal; denn sie würde ihr typisches Profil deformieren.

Falls die Erwartung gehegt wird, daß über ein Promotionsrecht Schritt für Schritt zunächst ein akademischer Mittelbau, dann mehr Forschung und dann auch mehr Geld an die FH kommen würden, so ist dies ein falscher Weg; denn die FH würde sich nicht als Stätte hervorragender Lehre weiterentwickeln, sondern sie würde eine zweitklassige Universität werden. Und das will sie gerade nicht sein, auch nach Ansicht des HLB.

4. Professoren-Nachwuchs von der FH?

Warum soll eigentlich der promovierte Professoren-Nachwuchs für die FH auch von FH-Absolventen gestellt werden, wie es der HLB Hessen fordert [4]? Es ist doch gerade eine besondere Qualität der FH-Professoren, daß sie neben ihrer FH auch die Universität kennen und den Kontakt mit ihr aufrechterhalten können. Welchen Vorteil soll eine FH-eigene „Inzucht“ eigentlich haben?

5. Wer will eigentlich den Dr. (FH)?

Da die breite Mehrheit unserer Studenten keinen Doktorgrad anstrebt und da auch nahezu alle Arbeitgeber darauf gar keinen Wert legen [5], würde mit einem Dr. (FH) kein wirkliches Bedürfnis befriedigt werden. Wird etwa nur ein prestige-

trächtiges äußerliches Merkmal angestrebt? Wo bleibt dabei das Selbstverständnis der „gleichwertigen aber andersartigen neuen Hochschule“?

6. Niedergang der FH-typischen Lehr-Laboratorien

Im Bereich des Ingenieurwesens sind die Laboratorien einer FH auf die Lehre abgestimmt. Die Einrichtungen werden von den Laborleitern so ausgewählt, daß mit den (immer) beschränkten Mitteln möglichst ein Maximum an Lehrerfolg vermittelt werden kann.

Laboratorien für Promotionsarbeiten sind hingegen anders auszustatten. Hier müssen die allgerätesten und modernsten Meß- und Versuchseinrichtungen für ein eng begrenztes Projekt eingesetzt werden, da andernfalls eine Forschungsarbeit nur selten konkurrenzfähig sein kann. Die benötigten (oft teuren) Apparaturen kommen häufig der Lehre kaum zugute; denn sie sind oft sehr speziell und erst nach monatelanger Einarbeitung voll zu beherrschen und erfolgreich zu benutzen.

Auch würde sich die Aktivität des Laborpersonals zunächst auf die „interessanteren“ Promotionsapparaturen richten, und die „nur“ der Lehre dienenden Geräte würden zweitrangig behandelt werden.

Das bedeutet, daß die Durchführung von Promotionsarbeiten an der FH den Charakter unserer Laboratorien verändern würde: Sie würden als Instrument der Lehre Schaden nehmen und in diesem Sinne schlechter werden.

Zusammenfassung

Gefordert wird der direkte Zugang zur Promotion an einer Universität für besonders begabte FH-Absolventen.

Abgelehnt wird ein Dr. (FH); denn er schadet einer Entwicklung der FH zu einem Lehrinstitut höchster Qualität.

Anschrift des Verfassers:

*Prof. Dr.-Ing. Joachim Fruböse
Isselstraße 19
6100 Darmstadt-Eberstadt*

Günther Edler

Zur Verantwortung von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern

Erklärung der DKI – ein windelweicher Kompromiß?

Die Deutsche Kommission für Ingenieurausbildung, in der 24 Organisationen von der Bundesarchitektenkammer bis zum Zentralverband der Ingenieurvereine zusammenwirken, hat mit seiner 38. Entschließung im April dieses Jahres eine Erklärung zur Verantwortung von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern verabschiedet. Professor Dr. Dalheimer¹, Präsident der Fachhochschule Hamburg und Vertreter der FRK in der DKI, stimmte dagegen. Der Vertreter der Hochschulrektoren-

¹ Dalheimer hat die Erklärung der DKI in einem Beitrag für die Deutsche Universitäts-Zeitung 21/1991 kommentiert und kritisiert. – „Fachhochschulen schrecken vor den Gemeinplätzen zurück. Die FRK versagte ihre Zustimmung zu einem lustlosen Kompromiß.“

[5] DNH 6/85, S. 52, 2. Spalte: K. Melcher, Eliteausbildung an FH?

konferenz, „ständiger Gast“ bei den Sitzungen der DKI, enthielt sich der Stimme.

Die DKI erwartet, daß für die künftige Gestaltung von Technikentwicklung und Technikeinsatz soziale und ökologische Kriterien neben den ökonomischen an Bedeutung gewinnen. Ingenieure können die notwendigen Entscheidungsprozesse dadurch unterstützen, daß sie verschiedene Wege mit ihren unterschiedlichen Konsequenzen aufzeigen. Diese Fragen müßten deshalb auch bei der Vermittlung in Ingenieurwissen im Studium und in der Weiterbildung verstärkt mit einbezogen werden.

Welche Anforderungen stellt nun die DKI an das Ingenieurstudium?

Die an Ingenieure gestellten Anforderungen seien sehr komplex; sie verlangten ein solides Basiswissen, auf dessen Grundlage allein erst Technikfolgenabschätzung möglich ist. „Der Vielschichtigkeit der heutigen Anforderungen muß das Studium Rechnung tragen. Dabei müssen die Professoren verstärkt die mit ihrem Lehrauftrag verbundene fachübergreifende Verantwortung erkennen und als Bestandteil in ihre Lehre einbeziehen.“

Die Lehre soll die Studierenden dazu befähigen, Wege zu finden, das erworbene Wissen selbständig und verantwortungsbewußt im Gesamtkontext des gesellschaftlichen Umfelds anzuwenden. Hochschulausbildung hatte und hat daher die Aufgabe, im Rahmen der Wissensvermittlung dem Studierenden das Bewußtsein für seine Mitverantwortung und -gestaltung zu stärken und ihn in die Lage zu versetzen, Folgewirkungen bei seiner Entwicklungsarbeit mit zu berücksichtigen.“

Soweit die Zielsetzung, die gespannt macht darauf, wie sie nun erreicht werden kann und soll.

„Diese Rahmenbedingungen sind nur integriert mit den eigentlichen fachlichen Studieninhalten zu vermitteln.“

Soll der Gesamtkontext des gesellschaftlichen Umfelds wirklich nur integriert mit den eigentlichen (und was ist mit den uneigentlichen?) fachlichen Studieninhalten vermittelt werden? „Überwiegend“ oder „vor allem“ – das wäre plausibel und auch praktikabel, aber „nur“ im Sinne einer Ausschließlichkeit? Die Begründung im DKI-Papier:

„Eine Verlagerung in spezielle Vorlesungen erschwert die Übertragbarkeit auf die Anforderungen der Praxis erheblich.“

Gibt es für diese Behauptung irgendwelche Belege? Was ist überhaupt „Übertragbarkeit auf die Anforderungen der Praxis“? Bestehen die Anforderungen der Praxis nicht gerade häufig darin, nach dem Motto *Augen zu und durch* „den Gesamtkontext des gesellschaftlichen Umfelds“ zu ignorieren? Und ist, schon im Hinblick auf die Lehrfreiheit, zu erwarten, daß alle Fachvertreter bereit sind, fachliche Abstriche zugunsten der DKI-Ziele zu machen? – Weiter im Text der DKI-Erklärung:

„Geeignete Wege wären z. B. auch interdisziplinäre Seminare und die Wissensvermittlung durch Projektstudien, um das Zusammenwirken von technisch-wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Grundlagen zu kennen und nutzen zu lernen.“

„Interdisziplinäre Seminare“ – das hört sich gut an. Welche Disziplinen und zu welchen Themen? Sollen es Studierende und/oder Lehrende verschiedener Disziplinen sein, die in seminaristischer Form, also mit den Beiträgen der Studierenden, Problembewußtsein und die Kompetenz zu ihrer Bewältigung vermitteln?

Welcher Art müssen wohl die „Projektstudien“ sein, um das „Zusammenwirken“ von „Grundlagen“ kennen- und nutzen zu lernen? Kommen da in der Praxis nun tatsächlich die technischen und wirtschaftlichen Grundlagen Arm in Arm an und wirken mit gesellschaftspolitischen zusammen? Da möchte man ob dieser Verquastheit verzweifeln und fragen, was denn

7,5% mehr Steuern Das Finanzamt schlägt zu! Schlagen Sie zurück!

Holen Sie sich Ihre Steuern wieder
und bilden Sie damit Vermögen!

Wenn Sie im öffentlichen Dienst
sind, schreiben Sie an die
Deutsche Beamtenvorsorge AG.

JA, ich möchte beraten werden

Name _____ zu verst. _____

Straße _____ EK: _____

Ort _____ Tel. _____

Deutsche Beamtenvorsorge AG
8000 München 90 · Geiselgasteigstr. 52

NH 12/91

nun die „mit Fragen des Bildungssystems befaßten Stellen der Gesetzgebung und die Hochschulen“ damit anfangen sollen.

Einen windelweichen Kompromiß nannte dann auch Manfred Mai dieses Papier². Und er fragte, warum die DKI nicht den Mut zu konkreten Forderungen gefunden hätte:

„Z. B. nach der Einrichtung von Lehrstühlen für Technikfolgenabschätzungen an jeder Technischen Hochschule. Oder: bei der Berufung von Professoren in den Ingenieurwissenschaften nicht nur die fachliche Kompetenz mitentscheiden zu lassen, sondern auch die durch entsprechende Projekte und/oder Publikationen nachgewiesene Fähigkeit des Bewerbers, über sein Fachgebiet auch aus anderen Perspektiven zu reflektieren. Auch die Verankerung von Technikethik im Pflichtkanon des Ingenieurstudiums wäre eine mutige Forderung gewesen.“

Mai erinnerte daran, daß es seit 1991 die VDI-Richtlinie 3780 zur Technikbewertung gibt. Und dies läßt noch eine andere Erinnerung wach werden: Die DKI ist im VDI-Haus angesiedelt. Der VDI hat im Juli 1990 eine „Empfehlung zur Integration fachübergreifender Studieninhalte in das Ingenieurstudium“ verabschiedet. Darin geht es viel konkreter zu als in dieser DKI-Entschließung³. – Mai schrieb abschließend:

„Jede einzelne der angeschlossenen Organisationen muß sich fragen, ob sie sich mit solchen Platitüden identifizieren kann.“

² Rubrik „Standpunkt“ in den VDI-Nachrichten vom 13.9.1991. Mai hat sich noch ausführlicher in der DUZ, Heft 21/1991, Seite 20 f. geäußert. Der Beitrag ist überschrieben mit: „Schwammiger Leitfaden wirft die Reformen zurück. Die Deutsche Kommission für Ingenieurausbildung hat auf eigenem Feld völlig versagt.“

³ In diesem Sinne äußerte sich auch Dalheimer in der DUZ. Er hatte der DKI empfohlen, sich an die Empfehlungen des VDI „zur Integration fachübergreifender Studieninhalte in das Ingenieurstudium“ (Düsseldorf, Juli 1990) zu halten.

Gefragt sind also 23 Organisationen, insbesondere diejenigen, die sich sonst immer zur Spitze des Fortschritts zählen, wie der DBG. Auch der *h/b* ist Mitglied der DKI. Dessen Präsidium müßte hier Flagge zeigen.

Gefragt werden sollten aber auch die für die Hochschulen zuständigen Ministerien, wie und mit welchen Mitteln sie die Fähigkeit und Bereitschaft von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, späterhin auch Verantwortung für die Technikfolgen zu übernehmen, bereits im Studium fördern wollen. Zum Beispiel durch die Beantwortung der Frage, ob interdisziplinäre Seminare unter Mitwirkung mehrerer Hochschullehrer in einer Lehrveranstaltung voll auf das ohnehin zu hohe Lehrdeputat angerechnet werden dürfen. Sollte diese Frage einem/r Minister/in zu kleinkariert sein – er/sie ist freundlich eingeladen, Professorenstellen für die wissenschaftliche Behandlung von Technikfolgen in Lehre und Forschung einzurichten – auch an den Fachhochschulen.

Jens A. Hertwig

Ostdeutsche Wissenschaftseinrichtungen im Deutschen Forschungsnetz

Die neuen Bundesländer haben in den Belangen wissenschaftlicher Datenkommunikation gegenüber den alten Ländern gewaltig aufgeholt. Heute, erst 14 Monate nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten, sind fast alle regionalen Schwerpunkte von Wissenschaft und Forschung in den neuen Bundesländern in das Deutsche Forschungsnetz integriert und können über das Wissenschaftsnetz (WIN) untereinander, mit Einrichtungen in den alten Bundesländern sowie international kommunizieren. Diese Bilanz zog der Verein zur Förderung eines Deutschen Forschungsnetzes (DFN-Verein, Berlin) anlässlich seiner 19. Mitgliederversammlung am 19. Juni 1991 in Berlin. Über die auf den Namen ERWIN getaufte Erweiterung des WIN auf die neuen Bundesländer haben nach Stand vom 15. 6. 1991 insgesamt 48 Wissenschaftseinrichtungen an 24 Orten der östlichen Bundesländer Zugang zum Wissenschaftsnetz und damit zu internationaler Kommunikation.

Das Wissenschaftsnetz WIN

Das Wissenschaftsnetz WIN basiert auf dem international normierten Paketvermittlungsprotokoll X.25. Es wird im Auftrag des DFN-Vereins von der Deutschen Bundespost TELEKOM als eigenständiges Netz betrieben. Für die internationale Kommunikation sorgen Übergänge zum paneuropäischen Wissenschaftsnetz IXI (International X.25 Interconnect) und Data-P. Über IXI sind die öffentlichen Netze DATAPAC (Dänemark), DCS (Belgien) und TELEPAC (Portugal) zu erreichen. Mit allen anderen Wissenschaftsnetzen, zum Beispiel EARN/BITNET, INTERNETs oder UUCP-Netzen ist der Anwender über spezielle Gateways verbunden.

Daß der Ausbau der Infrastruktur für die wissenschaftliche Datenkommunikation in den neuen Bundesländern so schnell durchgeführt werden konnte, ist frühzeitigen Initiativen von

Wissenschaftseinrichtungen und DFN-Verein sowie unbürokratischer Unterstützung durch den Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) zu verdanken. Unmittelbar nach Öffnung der innerdeutschen Grenzen nahmen Wissenschaftler der damaligen DDR Kontakt mit dem DFN-Verein auf und äußerten den Wunsch, in Kommunikation mit den bundesdeutschen Kollegen zu treten. Der mangelhafte Zustand der Datenkommunikations-Infrastruktur machte schnelle Entscheidungen erforderlich, und schon im März 1990 projektierten DFN-Verein, TU Dresden und das Institut für Informatik und Rechentechneik Berlin (IIR) gemeinsam den Ausbau dieser Infrastruktur für die neuen Bundesländer. „Dank der hohen Kooperationsbereitschaft und des großen Einsatzes aller Beteiligten konnten bereits wesentliche Ziele des Projektes verwirklicht werden,“ so die Zwischenbilanz von Dipl.-Ing. Hans-Martin Adler, verantwortlich für die neuen Bundesländer in der Zentralen Projektleitung des DFN-Vereins.

Zeitgleich mit den bundesdeutschen Wissenschaftlern konnten die ersten Wissenschaftseinrichtungen der neuen Länder im Mai 1990 das X.25-Wissenschaftsnetz nutzen, das damals gerade in Betrieb gegangen war. In der Folgezeit habe im Rahmen eines vom BMFT mit mehr als 4 Mio. DM geförderten Pilotvorhabens nach und nach immer mehr Hochschulen und Forschungseinrichtungen Zugang zum Wissenschaftsnetz und den DFN-Kommunikationsdiensten erhalten. Das Pilotvorhaben läuft bis zum 31. 1. 1993.

Aufgrund des raschen Handlungsbedarfes konnte man nicht auf eine Ausdehnung des Wissenschaftsnetzes in die neuen Länder warten. Der Zugang zum WIN erfolgt derzeit noch über angemietete Standleitungen mit einer Übertragungskapazität von 9.600 bit/s. Zwei dieser Leitungen verbinden das IIR bzw. das Institut für Hochenergiephysik Zeuthen mit der Geschäftsstelle des DFN-Vereins, eine weitere verbindet die Humboldt-Universität (Berlin Ost) mit der Freien Universität (Berlin West), die ihrerseits an das WIN angeschlossen ist. Von der Humboldt Universität und IIR führen weitere Leitungen zu den übrigen Wissenschaftseinrichtungen, die auf diesem Wege Zugang zum Wissenschaftsnetz erhalten (s. Abb. 1). Langfristig soll dieses Netz durch direkte WIN-Anschlüsse ersetzt werden.

Besonders aktiv: TU Dresden

Wie wichtig die Möglichkeiten moderner Kommunikationsmittel für die Wissenschaftler in den neuen Bundesländern sind, läßt sich an der Technischen Universität der Sachsen-Metropole Dresden beobachten. Hier bemüht man sich besonders, Wissenschaftlern und Studenten aller Fachrichtungen die Vorteile der für viele noch neuen Kommunikationsformen nahezubringen. Eigens zu diesem Zweck wurde im Rechenzentrum der TU Dresden am 16. Januar 1991 ein DFN-Referenzzentrum eröffnet. Das Referenzzentrum berät Mitglieder der Universität und anderer Wissenschaftseinrichtungen der Region Dresden über die umfassenden Kommunikations-Dienste im Deutschen Forschungsnetz und stellt die Dienste zur Verfügung. Das Interesse ist groß: In durchschnittlich 6 bis 8 Beratungsgesprächen pro Tag informieren die Mitarbeiter des Referenzzentrums potentielle Nutzer über die grundsätzlichen Anwendungsmöglichkeiten der Kommunikationsdienste. Sie helfen aber auch bei speziellen Fragen weiter, etwa wenn Institute ganz konkret die Anschaffung von Technologie erwägen, um die DFN-Dienste unmittelbar an ihrem Arbeitsplatz zu nutzen.

DFN-Dienste

Viele Wissenschaftler und Mitarbeiter der TU Dresden machen intensiven Gebrauch von den DFN-Diensten und be-

trachten sie mittlerweile als alltägliche Arbeitsmittel. Sie nutzen die elektronische Nachrichtenübermittlung (Electronic Mail) nach der internationalen Norm X.400, um Nachrichten mit Wissenschaftlern in ganz Europa und den USA auszutauschen. Sie „spazieren“ per Dialog (X.3, X.28, X.29) zur Literaturrecherche durch Datenbanken in Karlsruhe, Edinburgh oder Tokio. Mit dem Dateiübertragungsdienst FTAM (File Transfer, Access and Management) übertragen sie experimentelle Daten an den eigenen Arbeitsplatz oder lassen komplizierte Simulationen mit Hilfe des Remote Job Entry-Dienstes (RJE) auf entfernten Supercomputern berechnen. „Es ist schon ein völlig neues Gefühl! Man bekommt Material direkt ins Haus und kann mit internationalen Spezialisten in direktem Kontakt Dinge diskutieren“, beschreibt Dr. Hoffmann, Dozent für Kartographie und Vermessungstechnik an der TU Dresden, seine Erfahrungen mit der neuen Technologie. „Das Referenzzentrum hat in der kurzen Zeit seines Bestehens unsere Arbeit in vielfacher Hinsicht befruchtet.“ Wie groß die Akzeptanz der DFN-Dienste ist, läßt sich am Datendurchsatz der WIN-Erweiterung ERWIN ablesen. Er belief sich im Mai 1991 auf mehr als 1 200 MByte, der Tagesdurchschnitt entsprach knapp 40 MByte.

Ein Hindernis bei der Nutzung dieser Dienste sind die manchmal recht langen Wege zum Rechenzentrum, die viele Benutzer zurücklegen müssen, weil die Dienste nicht an ihrem Arbeitsplatz verfügbar sind. Für Abhilfe soll mittel- und langfristige der Ausbau des lokalen Backbone-Netzes an der TU Dresden sorgen; entsprechende Mittel wurden nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFVG) beantragt.

Datenkommunikation als Grunddienst

Nicht nur an der TU Dresden, sondern auch an den übrigen Hochschulen müssen vorrangig lokale Netze ausgebaut und zusätzliche Rechnerarbeitsplätze bereitgestellt werden, um ausreichende Kapazitäten für die Datenkommunikation zu schaffen. Echte Chancengleichheit – ob regional, national oder international – läßt sich nur verwirklichen, wenn jedem Hochschulangehörigen die Möglichkeiten zu zeitgemäßer Kommunikation und Informationsbeschaffung offenstehen. Diese Aufgabe unterstützt der BMFT mit weiteren Fördermitteln von rund 11 Mio. DM bis Ende 1991. Auch Bibliotheken erhalten aus diesen Mitteln Zugang zum Wissenschaftsnetz, über das sie auf bundesdeutsche Fachinformationszentren und Bibliotheksverbände zugreifen können.

„Der Zugang zu Kommunikationsdiensten, die als Arbeitsmittel unerläßlich sind, muß als Grunddienst bereitgestellt werden wie Hörsäle, Bibliotheken, Arbeitsräume oder Heizungen“, unterstreicht Prof. Dr. Dieter Haupt, Vorstandsvorsitzender des DFN-Vereins, den Stellenwert der Datenkommunikations-Infrastruktur für Forschung und Wissenschaft. „Solch ein Grunddienst darf nicht mehr zur Diskussion gestellt werden und ist a priori ohne besondere Rechtfertigung zu erbringen.“ Um die Versorgung der Hochschulen mit diesem Grunddienst auch langfristig sicherzustellen, müsse dieser Grunddienst in den Haushalten bedacht werden. Moderne Datenkommunikation sei längerfristig nicht zum Nulltarif zu erhalten.

Für die Zukunft gerüstet

Gehört die elektronische Datenkommunikation bereits heute zu den unverzichtbaren Arbeitsmitteln des Wissenschaftlers, so werden mit zunehmender internationaler Verflechtung von Wissenschaft und Forschung und dem immer schneller anwachsenden Wissensvorrat der Menschheit auch höhere Anforderungen an die Kommunikationsdienste gestellt werden. Durch die Integration ihrer Wissenschaftseinrichtungen in das Deutsche Forschungsnetz haben die neuen Bundes-

länder einen wichtigen Schritt getan, die Qualität von Forschung und Ausbildung auch für die Zukunft sicherzustellen und damit zur Attraktivität der Hochschulen beizutragen.

Der DFN-Verein – gegründet 1984 – ist die Selbsthilfeorganisation der Wissenschaft für Belange der rechnergestützten Datenkommunikation. Er sorgt dafür, daß dem Wissenschaftler in der Bundesrepublik Deutschland die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für einen weltweiten Informations- und Datenaustausch auf der Basis einer Offenen Kommunikation geboten werden. Das Deutsche Forschungsnetz DFN ist die Bezeichnung für dieses Kommunikationssystem. Das X.25-Wissenschaftsnetz WIN stellt die Komponente dieses Systems dar, die die Übermittlung der Daten auf Basis des Paketvermittlungsprotokolls X.25 sicherstellt. Der Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) fördert die Errichtung und Erprobung des Deutschen Forschungsnetzes durch Zuwendungen an den DFN-Verein.

Zu den weiteren Aufgaben des DFN-Vereins zählen Schulung und Beratung der Mitglieder, Förderung von Produkten auf Basis internationaler Normen und die Vertretung der Mitgliederinteressen gegenüber öffentlichen und staatlichen Institutionen sowie Herstellern. Bei Forschung und Wissenschaft, aber auch bei Wirtschaftsunternehmen mit eigenständiger Forschung genießt der DFN-Verein hohe Akzeptanz und verzeichnet seit seiner Gründung ständig wachsende Mitgliederzahlen. Derzeit hat der DFN-Verein 250 Mitglieder.

Fachhochschulen: Höhere Übertragungsraten erforderlich

An Fachhochschulen steigt die Nachfrage nach elektronischen Kommunikationsdiensten immer mehr an. Ein Beispiel hierfür ist die Fachhochschule Wolfenbüttel: Starke Öffnung zum Ausland (England, Frankreich, Tschechoslowakei), intensive Kooperation mit Forschungseinrichtungen aus der Industrie (Technologietransfer) sowie die Teilnahme an Forschungsprojekten der EG (z. B. ESPRIT) führen dazu, daß die Dienstleistungen des Deutschen Forschungsnetzes immer stärker in Anspruch genommen werden.

Rechenintensive Anwendungen oder Simulationen – darunter Strömungsanalyse, Entwurf integrierter Schaltkreise, CAD – werden von vielen Arbeitskreisen über das Wissenschaftsnetz an Landes-Hochleistungsrechner delegiert. Spätestens hier entstehen hinderliche Engpässe, wenn die Rechenergebnisse so umfangreich werden, daß ihre Rückübertragung per Netz nicht mehr sinnvoll ist. Hier wirkt sich die Tatsache aus, daß nur sehr wenige Fachhochschulen über eine 64 kbit/s-Anschluß zum Wissenschaftsnetz verfügen, während sich die meisten mit 9,6 kbit/s begnügen müssen, weil die im Haushalt bereitgestellten Mittel für 64 kbit/s nicht ausreichen. Die Kosten für einen WIN-Anschluß betragen unabhängig vom Übertragungsvolumen derzeit 1 500 DM (9,6 kbit/s) bzw. 5 000 DM (64 kbit/s).

Fachhochschulen im Deutschen Forschungsnetz

Fachhochschulen Aachen, Augsburg, Berlin (Technische Fachhochschule, Fachhochschule der Deutschen Bundespost, Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik), Bielefeld, Braunschweig/Wolfenbüttel, Coburg, Darmstadt, Dortmund, Frankfurt am Main, Fulda, Furtwangen, Gießen-Friedberg, Hamburg,

Hannover, Heilbronn, Hildesheim/Holzwinden, Iserlohn (Märkische Fachhochschule), Karlsruhe, Kempten, Kiel, Köln, Konstanz, Krefeld (Fachhochschule Niederrhein), Landshut, Leipzig (Fachhochschule für Bibliothekare und Buchhändler), Lüneburg (Fachhochschule Nordost Niedersachsen), Mainz (Fachhochschule Rheinland-Pfalz), Mannheim (Fachhochschule für Technik), München, Münster, Nürnberg, Oldenburg, Osnabrück, Regensburg, Rosenheim, Stuttgart (Fachhochschule für Bibliothekswesen), Weihenstephan, Wiesbaden, Wilhelmshaven, Würzburg-Schweinfurt.

Anschrift des Verfassers:

Jens A. Hertwig M.A.
technic Support Marketing und Verlag GmbH
Bundesallee 36-37
W-1000 Berlin 31

Weitgehend einig?

Ministerin **Helga Schuchardt** (Niedersachsen)
Senator **Prof. Dr. Manfred Erhardt** (Berlin)
Staatsminister **Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner** (Rheinland-Pfalz)

Innerhalb kurzer Zeit haben sich drei für die Hochschulen ihrer Länder zuständige Minister öffentlich zur Hochschulpolitik im allgemeinen und insbesondere zu den Fachhochschulen geäußert. In zeitlicher Folge:

Senator **Erhardt** (Berlin) sprach auf dem Fachhochschulsymposium¹ am 1. 10. 1991 in seiner Eigenschaft als Präsident der Kultusministerkonferenz über „Perspektiven der Fachhochschulentwicklung aus der Sicht der Länder“,

Staatsminister **Zöllner** (Rheinland-Pfalz) nutzte die Gelegenheit des 39. Plenums der Fachhochschulrektorenkonferenz am 14. 10. 1991 in Trier zu Ausführungen über „Aktuelle Probleme und Entwicklungen der Fachhochschule“ und

Ministerin **Helga Schuchardt** (Niedersachsen) gab am 4. 11. 1991 der Hochschulrektorenkonferenz in der Vertretung des Landes in Bonn einen Empfang. Ihre Rede hatte keine förmliche Überschrift; die fünf Kapitel ihrer Ausführungen knüpften an die Tagesordnung der 165. Plenarversammlung der HRK an.

Es folgen Auszüge² aus den Ansprachen.

Erhardts „Berliner“ Perspektiven

... 20 Jahre nach Erscheinen des Bildungsberichts '70 und des Bildungsgesamtplans der BLK³ steht die Fachhochschule als strahlender Sieger da. Durchgesetzt hat sich die arbeitsmarktpolitische Erfahrung, daß ein facettenreich gegliedertes Beschäftigungssystem ein entsprechend differenziertes Bildungssystem braucht. Durchgesetzt hat sich die bildungspolitische Einsicht, daß für Studienbewerber mit unterschiedlichen

¹ Zum Thema „Wirtschaft und Fachhochschulen – Wohin geht der Weg?“, veranstaltet von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, dem Bundesverband der Deutschen Industrie, dem Deutschen Industrie- und Handelstag mit der Fachhochschulrektorenkonferenz im Haus der Deutschen Arbeitgeber in Köln.

² Die Auszüge folgen den von den Pressestellen (Rheinland-Pfalz, Niedersachsen) verbreiteten bzw. den von Senator Erhardt (Berlin) ausgehändigten Manuskripten. Die Vortragenden haben sich nicht immer strikt an die Manuskripte gehalten.

³ Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung.

Begabungen eben auch Studiengänge mit unterschiedlichen Profilen anzubieten sind.

Geboten ist eine institutionelle Differenzierung. Die bloß curriculare Binnendifferenzierung führt über kurz oder lang zur Erosion der kürzeren berufsbezogenen Studiengänge, weil sich Studenten und Professoren im Gleichschritt dem Prestigeträchtigeren zuwenden. Es liegt eben – Gott sei's geklagt – in der Tradition des deutschen Bildungsbürgertums, akademisch-wissenschaftliche Tätigkeiten grundsätzlich höher zu bewerten als berufsorientiert-praktische: Je theoretischer, desto angesehener, und je länger, desto akademischer ... Und ich fürchte: „Je akademischer – desto berufsuntauglicher.“

Auch hier hat die Fachhochschule die Nase vorn. Ihre Absolventen sind im Durchschnitt drei Jahre jünger, verfügen noch über Risiko- und Verantwortungsbereitschaft, Dynamik und Gestaltungswillen und verstecken sich nicht hinter der Attitüde des Problematisierens und Hinterfragens.

Daß die Fachhochschule ihre Bewährungsprobe längst bestanden hat, beweist nicht nur die hohe Aufnahmefähigkeit ihrer Absolventen auf dem Arbeitsmarkt ..., sondern auch die übergroße Nachfrage nach Studienplätzen ... Ich kann deshalb die Empfehlung des Wissenschaftsrates, den Fachhochschulbereich verstärkt auszubauen und dort weitere 50 000 Studienplätze zu schaffen, nur nachdrücklich unterstützen. Für die neuen Länder und Berlin ist der zügige Auf- und Ausbau der Fachhochschullandschaft zugleich ein wichtiger Beitrag zum Wirtschaftsaufschwung.

Auch in Berlin soll der Schwerpunkt des Hochschulausbaus künftig im Fachhochschulbereich liegen. Mit der Entscheidung, 40% der Stellen und Mittel des Hochschulsonderprogramms II den Fachhochschulen vorzubehalten, ist diese Weichenstellung bereits deutlich geworden. Berlin verfügt bereits über eine stattliche Zahl von Fachhochschulen: ... Diesen rund 15 000 Fachhochschulstudenten in Berlin stehen aber rund 113 000 Universitäts- und 6500 Kunststudenten gegenüber. Der Wissenschaftsrat hat daher ... zu Recht festgestellt, daß universitäre Studienangebote in Berlin überrepräsentiert sind und demgegenüber eine „Unterversorgung mit Fachhochschulstudienplätzen“ besteht. Seiner Einschätzung, daß eine Verdoppelung der Studienplätze unter Bedarfs- und Nachfrage Gesichtspunkten dringend geboten ist, hat sich der Senat von Berlin vollinhaltlich angeschlossen.

Nach Abschluß der Aufbauphase der FHTW⁴ wird Berlin 16 850 Fachhochschulstudienplätze unter Normallastbedingungen und fast 20 000 unter Höchstlastbedingungen anbieten.

Um die Leistungsfähigkeit der Fachhochschulen zu erhalten und ihre Funktion im Bildungssystem und für das Beschäftigungssystem zu sichern, müssen bestimmte Entwicklungen gefördert, andere gebremst werden. Standespolitisch motivierten Forderungen nach Angleichung an die Universitäten muß widerstanden werden. Die Fachhochschule ist kein Minus gegenüber der Universität, sondern ein gleichwertiges Aliud. Sie hat ihren eigenständigen Bildungsauftrag in Lehre und Forschung. Dieses spezifische Profil gilt es zu schärfen, anstatt es durch eine im Gewande der Bildungspolitik daher kommende Standespolitik zu schwächen.

Ich bin ein großer Anhänger des auch vom Wissenschaftsrat kreierten Slogans von der „Andersartigkeit aber Gleichwertigkeit“ der Fachhochschulen. Im Unterschied zu manchen Verbandsfunktionären verstehe ich darunter aber nicht die Aufhebung aller strukturellen und rechtlichen Unterschiede zwischen Fachhochschule und Universität.

Unterschiede im Rechtsstatus von Fachhochschule und Universität bestehen beispielsweise in folgenden Punkten: Hochschulzugang, Hochschuldiplom, Regelstudienzeit, Struktur und Ausrichtung des Studiums (Praxisorientierung und Praxis-

⁴ Die neue Fachhochschule für Technik und Wirtschaft im Osten Berlins.

semester), Höhe des Lehrdeputats, Berufungsvoraussetzungen und Besoldung, Nichtgeltung des Hausberufungsverbots, Art des Forschungsauftrages, Umfang des Fächerangebotes, Fehlen der Personalkategorie des Wissenschaftlichen Assistenten und des institutionellen Promotionsrechts, Eingangsbesoldung der Absolventen im öffentlichen Dienst.

Die These „andersartig – aber gleichwertig“ formuliert ein wichtiges gesellschaftspolitisches Postulat, beschreibt aber nicht zutreffend den rechtlichen Status.

Gebremst werden müssen die Vernachlässigung der Praxisorientierung in der Lehre und der Praxiserfahrung der Professoren, die Verlängerung der tatsächlichen Studiendauer über die Regelstudienzeit von 8 Semestern (einschließlich Praxissemester, Diplomarbeit und Prüfungen) hinaus und die Verwässerung des Unterrichtsprinzips der kleinen Gruppen. Verhindert werden müssen ferner die Einführung eines lehrenden Mittelbaus, der Personalkategorie des Wissenschaftlichen Assistenten und die Verleihung des institutionellen Promotionsrechts.

Dagegen müssen gefördert werden: der prioritäre Ausbau der Kapazitäten, die Modernisierung der Ausstattung, die Verbesserung der Qualität der Lehre und der Didaktikkompetenz der Professoren, die inhaltliche Strukturierung der Praxissemester, die Einrichtung von Praktikantenämtern und die Betreuung der Studenten während der Praxissemester durch ihre Professoren. Ferner: die Verstärkung der europäischen und der internationalen Dimension durch Verbesserung der Sprachkompetenz und der Auslandserfahrung, die Ausweitung der Weiterbildungsangebote wie des Angebots an Aufbau- und Kontaktstudiengängen in Teilzeitform.

Angewandte Forschung und Entwicklung dürfen nicht nur institutionelle Aufgabe der Fachhochschule, sondern müssen auch Amtsauftrag der Fachhochschulprofessoren sein. Dazu bedarf es einer Verringerung des Lehrdeputats und der Schaffung von Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter, die wissenschaftliche Dienstleistungen erbringen und wissenschaftliche Geräte und Labors betreuen. Besonders qualifizierten Fachhochschulabsolventen ist neben einem verkürzten universitären Aufbaustudium die Möglichkeit des unmittelbaren Promotionszugangs zu eröffnen.

Auch der Bundesbesoldungsgesetzgeber sollte sich bewegen: Weder die Eingangsbesoldung der Fachhochschulprofessoren noch die der Fachhochschulabsolventen im öffentlichen Dienst hat mit den in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich gestiegenen Qualifikationsanforderungen und Qualifikationsschritten Schritt gehalten.

Ich begrüße deshalb ausdrücklich die Empfehlung des Bundestags-Ausschusses für Bildung und Wissenschaft vom 19. 9. 1991, die Stellenobergrenze bei C 3-Stellen für FH-Professoren auf 70% (gegenüber jetzt 50%) zu erhöhen. Es muß sichergestellt werden, daß die Fachhochschulen auch künftig den Typ des wissenschaftlich qualifizierten und berufserfahrenen Professors rekrutieren können, der dem spezifischen Profil ihrer praxisbezogenen Lehr- und Forschungstätigkeit entspricht.

Auch unangemessene Randbedingungen können zur Erosion gesunder Strukturen führen. Die Fachhochschulen haben aufgrund ihrer Funktion und ihrer Leistungsfähigkeit eine ausgezeichnete Zukunftsperspektive: Never change a winning team.

Zöllners Vision der Offenen Hochschule

... Die Probleme von heute sind das Ergebnis einer fehlerhaften Politik von gestern.

Jedes unserer heutigen Probleme hat mehrere Ursachen. Keine einzelne Maßnahme wird zwangsläufig nur die allein seligmachende Lösung mit sich bringen. Weder das Prinzip der Monokausalität noch das Prinzip der Unidirektionalität von Ursache und Wirkung beschreiben die reale Welt ausreichend.

Wenn aber wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung des notwendigen finanziellen Handlungsspielraums ohne hochspezialisierte Ausbildung, wenn Chancengleichheit ohne ein lebenslanges Bildungsangebot, wenn die Gleichstellung der Geschlechter ohne entsprechende Weiterbildungsangebote speziell für Frauen, wenn eine multikulturelle Gesellschaft in einem Europa ohne Grenzen, ohne das Wissen über andere Menschen und Kulturen, wenn Umweltprobleme ohne die richtige Einstellung, aber auch nicht ohne Kenntnis von Ursachen und Lösungswegen erreicht bzw. gelöst werden können, dann gibt es einen dicken zentralen Knoten in dem Netzwerk von Ursache-Wirkungs-Beziehungen. Dann – und dem ist so – ist Bildung und Ausbildung ein zentraler Ansatzpunkt nicht zur Lösung der heutigen Probleme, sondern – davon bin ich überzeugt – auch der „Königsweg“ für eine zukunftsweisende Politik überhaupt.

Unser Bildungssystem mit seinen drei Säulen

- der Schulausbildung,
 - der Hochschulbildung,
 - der beruflichen Weiterbildung
- wackelt zwar nicht – bei drei Beinen nicht überraschend –, ist aber sicher nicht beweglich genug, um sich den wechselnden Erfordernissen anzupassen.

Ich sehe deshalb zwei zentrale Ansatzpunkte:

1. Die Notwendigkeit für den Aufbau einer echten vierten Säule, ein Weiterbildungssystem, das wirklich für jeden Mann und jede Frau lebenslanges Lernen ermöglicht, das eine echte Verbindung zwischen Schul- und Hochschulbildung auf der einen Seite mit der beruflichen Bildung andererseits schafft, das zu einer Umverteilung von Aus- und Weiterbildungszeiten im Lebenszyklus jeder und jedes einzelnen führen wird.
2. Dieses ist heute nicht das zentrale Thema, sondern im Mittelpunkt soll der zweite wichtige Punkt, die Weiterentwicklung des Hochschulsystems stehen. Diese Weiterentwicklung hat einen Namen. Ich spreche in diesem Zusammenhang von einer Offenen Hochschule.
 - a) Diese offene Hochschule muß ihr Bildungsangebot öffnen für alle, die wollen und können.
 - b) Dieses Hochschulsystem muß offen sein, die unterschiedlichen Ausbildungsangebote, theorie- und praxisorientiert auf höchstem Niveau anzubieten.
 - c) Dieses Hochschulsystem muß sich öffnen für eine echte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Disziplinen.
 - d) Dieses Hochschulsystem muß sich öffnen zwischen seinen verschiedenen Hochschulformen, Universitäten und Fachhochschulen.
 - e) Dieses Hochschulsystem muß offen sein für die dauernde Wiederkehr von Berufstätigen.
 - f) Dieses Hochschulsystem muß sich öffnen für einen echten Wissenstransfer.
 - g) Dieses Hochschulsystem muß sich öffnen auch für die regionalen Probleme seines Standortes.

In einem solchen Szenario haben neben den Universitäten die Fachhochschulen einen festen, vielleicht sogar entscheidenden Platz. Universitäten alleine können schon heute nicht mehr, geschweige denn morgen bei den von mir beschriebenen Entwicklungsperspektiven, diese Aufgaben quantitativ und qualitativ lösen.

1. Schon heute bei 20 Prozent Studierenden eines Jahrgangs ist die Finanzierung der Studienplätze äußerst schwierig. Wie soll dies morgen möglich sein, wenn – wie notwendig und gewünscht – die Zahl auf über 30 Prozent steigen wird, wenn primär der zweifelsohne viel teurere Weg der universitären Ausbildung gegangen wird?
2. Schon heute führt die individuelle Nachfrage, der Wunsch nach einer mehr anwendungsbezogenen Lehre zu einer viel

stärkeren Überlastsituation im Fachhochschulbereich als im universitären Bereich.

3. Schon heute ist die Nachfrage der Gesellschaft nach solchen Absolventen nicht mehr zu befriedigen.
4. Der stärkere Praxisbezug ist und wird die Fachhochschulen in einem offenen Hochschulsystem zum wichtigsten Bezugssystem für Studierende machen, die nicht eine klassische Schulkarriere hinter sich haben.
5. Der stärkere Praxisbezug macht die Fachhochschulen zu einem interessanten Partner für lebenslanges Lernen.
6. Fachhochschulen haben Technologie- und Wissenstransfer schon betrieben, als dies an Universitäten noch Fremdwörter waren.
7. Wer, wenn nicht die Fachhochschulen in ihrer regionalen Streuung, wird für die strukturelle Entwicklung der Region allgemeine Bedeutung haben?

Wenn dem so ist – und dem ist so –, muß dies Konsequenzen für die Hochschulpolitik haben. Eine Konsequenz, die ich verkürzt so formulieren will: Die Zukunft der Universitäten liegt im Ausbau der Fachhochschulen.

Dies besagt zweierlei:

1. Die Universitäten haben ihre zentrale Aufgabe und müssen eine tragfähige Entwicklungsperspektive haben. Aber sie alleine können nicht alles leisten, was ein Hochschulsystem anbieten muß, so daß
2. eher stärker unsere Anstrengungen sich auf den Ausbau der oftmals vernachlässigten Fachhochschulen konzentrieren müssen, weil nur beide zusammen, gleichwertig aber mit einem andersartigen Schwerpunkt in der Aufgabenstellung, den Erfolg des Hochschulsystems ermöglichen werden.

Wenn wir diese grundsätzlichen Überlegungen umsetzen, hat dies Konsequenzen für die Behandlung von konkreten Problemen. ... Ich will und werde mich nicht davor drücken und einige beispielhaft ansprechen.

Zu allererst bedeutet dies, denn sonst wird alles andere zum bloßen Lippenbekenntnis, daß ein Zuwachs von Personal-, Sach- und Investitionsmitteln im Hochschulbereich überproportional den Fachhochschulen zugute kommen muß.

Ich sprach von Gleichwertigkeit mit andersartigem Schwerpunkt.

Gleichwertigkeit bedeutet für die Lehrenden beispielsweise, daß langfristig dieselbe Besoldungsstruktur wie an den Universitäten auch an den Fachhochschulen erreicht werden muß. Dies ist nur schrittweise zu erreichen, diese Schritte müssen aber sichtbar sein.

Gleichwertigkeit bedeutet für die Lernenden beispielsweise, daß die prinzipielle Unterscheidung im öffentlichen Dienst „Fachhochschulabsolventen in den sogenannten gehobenen Dienst – Universitätsabsolventen in den höheren Dienst“ fallen muß. Beides, die Beschränkung der Fachhochschulabsolventen und die selbstverständliche Einordnung der Universitätsabgänger ist falsch und gereicht beiden zum Nachteil.

Aber ich sage genauso deutlich: Die Stärke der Fachhochschulen, die auf ihrer Andersartigkeit beruht, wird verlorengehen, wenn sie Promotionsrecht erhalten, wenn sie ihren eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs ausbilden. Sie werden ihren hohen Ausbildungsstandard nur dann halten und ausbauen können, wenn sie weiterhin ihre Professoren aus der Praxis berufen, wenn dieser Kontakt zur Praxis über echte Möglichkeiten von Praxisfreisemestern tatsächlich für jede Professorin und jeden Professor dauernd aufrechterhalten wird. Die Durchlässigkeit des Systems muß es aber ermöglichen, daß ein Fachhochschulabsolvent ohne unnötigen Zeitverlust einen universitären Abschluß, z. B. die Promotion erreichen kann. Dies ist auch eine Verpflichtung für die Universitäten, entsprechende Angebote zu entwickeln.

Fachhochschulen sollten systematisch ihr Weiterbildungsan-

gebot ausbauen, berufsintegrierte Studiengänge anbieten. Tun sie dies nicht, werden Ressourcen, die zu ihrem eigenen Ausbau dringend benötigt werden, anderen zugute kommen. So sollten wir meines Erachtens unsere Anstrengungen nicht in den Aufbau neuer Bildungseinrichtungen wie z. B. in Berufsakademien stecken, sondern entschlossen den Weg weiter gehen, den z. B. die Fachhochschule Rheinland-Pfalz begonnen hat.

Helga Schuchardt: Radikal

... Inzwischen ist es zwei Jahre her, daß sich die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) in die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) umbenannt und damit ihren neuen Verantwortungsbereich dokumentiert hat. In diesen zwei Jahren haben sich, durch die deutsche Einigung bedingt, gewaltige Veränderungen im deutschen Hochschulwesen ergeben. Viele Probleme sind noch ungelöst. Sie arbeiten mit anderen Einrichtungen an der Bewältigung dieser Probleme und erfüllen damit eine bedeutsame Funktion. Die mir vorliegende Tagesordnung Ihrer heutigen Plenarsitzung zeigt dies sehr eindrucksvoll. ... In den Unterlagen habe ich folgenden Satz gefunden: „Deshalb ist es Zeit zu prüfen, mit welcher Struktur und Ausstattung die Universitäten und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland den Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft gerecht werden können.“ Hierauf möchte ich eingehen ...

I.

... Keineswegs zum ersten Mal, aber dieses Jahr in ganz besonderer Zuspitzung, sieht sich die Hochschulpolitik geradezu einer Zerreißprobe zwischen den übergreifenden Erfordernissen der Haushaltskonsolidierung und der anhaltenden Belastungssituation an den Hochschulen ausgesetzt. Die über fast einhalb Jahrzehnte verfolgte Politik eines zeitlich begrenzten „Notzuschlags auf Zeit“ hat ihre bildungspolitische Logik eingebüßt. ... Ich will ... aber immerhin erwähnen, daß der Wissenschaftsrat noch 1981 einen allgemeinen Rückgang der Studienplatznachfrage für die zweite Hälfte der 80er Jahre prognostizierte. ... Die unablässige und zum Teil quälende Auseinandersetzung um die Finanzierung der Hochschulen ging einher mit einem weitgehenden Verzicht auf eine strukturelle Hochschulpolitik.

II.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich hervorheben, daß es für mich in diesem Zusammenhang nicht um parteipolitisch eingefärbte Polemik geht, zumal der Konsens über den erwarteten Rückgang der Studentenzahlen in den 80er Jahren breit war. Ein Vorwurf ist allerdings am Platze, wenn man die Gelegenheit, Fakten, Entwicklungen und Konsequenzen neu zu bewerten, nicht genutzt hat. Die Niedersächsische Landesregierung hat bereits wenige Monate nach der Übernahme der politischen Verantwortung ein Fachhochschulentwicklungsprogramm beschlossen und finanziell über einen Zeitraum von acht Jahren abgesichert. Sie konnte dabei auf Vorarbeiten zurückgreifen, auch das will ich in diesem Zusammenhang nicht verschweigen, die von der früheren Landesregierung begonnen worden waren und die von dem richtigen Ansatz einer Stärkung der Fachhochschulen ausgingen. Kritisch bleibt freilich anzumerken, daß es trotz der offenkundigen Dringlichkeit eines Programms zum Ausbau der Fachhochschulen nicht gelungen war, dieses langfristig finanziell abzusichern.

Es wäre gewiß ein Trugschluß, wollte man die immer deutlicher zutage tretenden Probleme der Universitäten dadurch lösen, daß man die Fachhochschulen in ihrer jetzigen Struktur einer bloß quantitativen Ausweitung unterwirft.

III.

... Die Philosophie des Krisenmanagements zur „Öffnung der Hochschulen“ hat weithin dazu geführt, daß die Universi-

täten schlecht und recht offengehalten und die Fachhochschulen geradezu hermetisch abgeriegelt wurden. Wo sie nicht durch Zulassungsbeschränkungen gleichsam unter Schutz gestellt wurden, wurden die Studienbedingungen dramatisch verschlechtert und damit der Charakter der Fachhochschulen empfindlich verfremdet. Ohne Frage hat dies zu verfehlten Proportionen in der qualitativen Entwicklung des Hochschulwesens geführt, und, was noch schlimmer ist, auch die notwendige inhaltliche Weiterentwicklung verbaut ... Der Verzicht auf notwendige Strukturentscheidungen, das unablässige Bemühen, mit im Grunde unzureichenden Finanzmitteln der quantitativen Studienplatznachfrage dadurch Herr zu werden, daß man den Universitäten einen immer größeren Anteil an Ausbildungsleistungen abverlangt, hat in eine Sackgasse geführt.

Eine strukturelle Neuorientierung der Hochschulentwicklung muß für die Universitäten eine Rückbesinnung auf die zentralen Aufgaben als Stätten der Forschung und der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Anfang stellen. Wir können nicht guten Gewissens die jetzige Rollenverteilung von Universitäten und Fachhochschulen fortschreiben und dabei für 40% eines Altersjahrgangs die berufliche Erstausbildung in diesem System vermitteln wollen. Dies bedeutet für die Universitäten, daß die Grenzen des bloßen quantitativen Wachstums nach den Maßstäben der Kapazitätsverordnung nicht nur erreicht, sondern schon bei weitem überschritten sind. Das bedeutet für die Entwicklung der Fachhochschulen, daß eine Begrenzung auf das traditionelle Fächerspektrum für die Zukunft nicht akzeptiert werden kann.

Die niedersächsische Landesregierung hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, mittelfristig einen Anteil des Fachhochschulbereichs von 35% der Aufnahmekapazität zu erreichen. Der Wissenschaftsrat hat in seinen Empfehlungen zur Fachhochschulentwicklung zu Recht darauf hingewiesen, daß eine derartige Expansion mit einer Erweiterung und Differenzierung von Studienstrukturen, Studieninhalten und -angeboten des Fachhochschulbereichs einhergehen muß, wenn nicht neue Ungleichgewichte in das Hochschulsystem hineingebracht werden sollen.

IV.

... In der Regierungserklärung vom Sommer letzten Jahres ist vorgesehen, die niedersächsischen Hochschulen um insgesamt 15 000 neue Studienplätze auszubauen, um damit innerhalb von acht Jahren auf 100 000 Studienplätze zu kommen. Davon sind 7500 Studienplätze für die Fachhochschulen vorgesehen und hinsichtlich der Finanzierung bereits im Herbst letzten Jahres abgesichert worden. Bereits dies stellt angesichts der Finanzlage des Landes einen gewaltigen Kraftakt dar. Ein weiterer Kraftakt steht uns bevor, wenn es darum geht, die 7500 Studienplätze zugunsten der Universitäten planerisch zu belegen und vor allem finanziell abzusichern⁵.

V.

Gestatten Sie mir zum Abschluß meiner Bemerkungen noch einige kritische Fragen, die Sie bitte als Beitrag zum hochschulübergreifenden Diskurs verstehen wollen.

Ist es richtig, daß den Universitäten bestimmte Fächer oder Fachgebiete monopolartig zu reservieren sind, in denen die Fachhochschulen nichts zu suchen haben?

Ist es richtig, daß besonders befähigte Fachhochschulabsolventen zwar im europäischen Ausland ohne größere Umwege zur Promotion gelangen, während in Deutschland das Fachhochschuldiplom allenfalls als Vordiplom gewertet wird?

Ist es richtig, daß alle Fachhochschulen des Landes in der Hochschulrektorenkonferenz lediglich mit einer Kuriatstimme sprechen können?

Erinnern sich die Präsidenten und Rektoren der Technischen Universitäten noch an ihre Vorläufereinrichtungen im 19. Jahrhundert, erinnern sie sich noch an den Streit um das Promotionsrecht der Technischen Hochschulen?

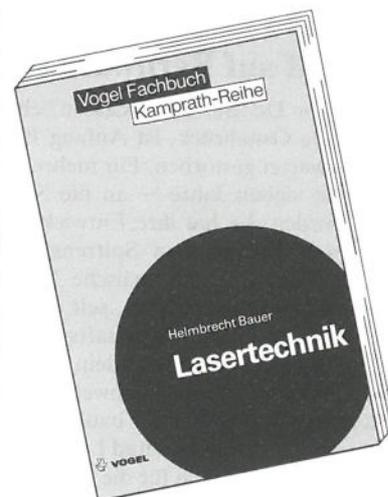
Ist es richtig, daß wir heute bereits für jeden Abiturienten 1,3 Studienplätze vormalen müssen im Hinblick auf Fachwechsel, Studienabbruch und Zweitstudium?

Ich sehe eine Reihe von bedeutsamen Fragen der Hochschulentwicklung, für die ich mir eine Antwort aus einem partnerschaftlichen Zusammengehen von Universitäten und Fachhochschulen erhoffe, wofür es ermutigende Signale aus Ihrem Kreise gibt. Freilich warten wir mit Ungeduld auf konkrete Absprachen zwischen Universitäten und Fachhochschulen. Ich würde es nicht für gut halten, wenn erst der Gesetzgeber Absprachen einfordern muß, die die Hochschulen in freier Autonomie treffen könnten, aber auch treffen sollten.

(G. E.)

⁵ Über das Manuskript hinausgehend hat Frau Schuchardt ausgeführt: Es handelt sich jeweils um 7500 flächenbezogene Studienplätze. Für die Fachhochschulen ist vorgesehen, für 6000 Studienplätze zusätzliche Personalkapazitäten zu schaffen. Bei den Universitäten werde der Zuwachs der Flächen keine zusätzlichen Personalkapazitäten bringen.

NEU



Helmbrecht Bauer

Lasertechnik

Grundlagen und Anwendungen

Kamprath-Reihe
192 Seiten, 225 Bilder
1. Auflage 1991, Flexcover
48,- DM/ISBN 3-8023-0437-3

Dieses Buch spricht Studierende und in der Praxis stehende Ingenieure der Fachrichtung Feinwerktechnik, Informatik, Nachrichtentechnik und Maschinenbau an.

Zu Beginn werden die Eigenschaften der Lichtwellen einschließlich der Kohärenz ausführlich dargestellt. Es folgt die Beschreibung des Laserprinzips, spezieller Lasertypen und ihrer Eigenschaften sowie wichtiger Bauelemente der Lasertechnik.

Danach werden technisch wichtige Anwendungen der Laser-Meßtechnik behandelt.

Zu dem für den Anwender der Lasertechnik notwendigen Laserstrahlenschutz werden Grundkenntnisse vermittelt.



VOGEL

Vogel Buchverlag
Postfach 67 40
D-8700 Würzburg

Personalien

Nachruf auf Bernward Clasen

Professor Dr. Bernward Clasen, ehemals Rektor der Fachhochschule Osnabrück, ist Anfang 1991 im Alter von 50 Jahren unerwartet gestorben. Für mehrere Amtszeiten ist er – für insgesamt sieben Jahre – an die Spitze der Hochschule gewählt worden. Er hat ihre Entwicklung zu einer landes- und bundesweit anerkannten Spitzenstellung ganz entscheidend beeinflusst und ihre europäische Verzahnung planmäßig und engagiert betrieben. Clasen, seit 1973 als Professor für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik im Fachbereich Wirtschaft tätig, prägte nicht allein den Ausbau seines Fachbereichs, sondern betrieb schwerpunktmäßig während seiner Rektoratsjahre auch den baulichen Ausbau der „grünen“ Fachbereiche Gartenbau und Landwirtschaft.

Stets hat sich Clasen für die Praxisnähe der Ausbildung und für die Zusammenarbeit von Hochschule und Wirtschaft eingesetzt. Dazu gehörten auch die durch seinen Tod zunächst unterbrochenen Vorbereitungen für einen neuen Studienschwerpunkt „Logistik und Speditionswesen“, der auch den Bedürfnissen der regionalen Wirtschaft entspricht.

Das hochschulpolitische Engagement Clasens schlug sich unter anderem in seiner Tätigkeit bei der Sachverständigenkommission für den niedersächsischen Hochschulausbau nieder. Zuletzt war er als Gutachter des Wissenschaftsrates beim Neuaufbau des Bildungswesens in den ostdeutschen Ländern tätig.

Bernward Clasen war seit 1978 Mitglied des *h/b*, in den Jahren 1985/86 war er Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen.

Clasen hat so aus vielen Funktionen für die Fachhochschulen gewirkt und gestritten. Hoher Respekt war ihm schon zu Lebzeiten auch über Osnabrück und Niedersachsen hinaus sicher. Gedankt werden kann ihm nun nur noch posthum.

VDI-Ehrenmedaille für Heinrich Broermann

Professor Heinrich Broermann, seit Anfang 1990 Rektor der Fachhochschule Niederrhein, erhielt vom Verein Deutscher Ingenieure – VDI-Gesellschaft Verfahrenstechnik und Chemieingenieurwesen (GVC) – die Ehrenmedaille. Die Urkunde vom 25. September 1991 nennt Broermanns Verdienste um die Ausbildung in der Verfahrenstechnik. Er habe „maßgeblich zur Einrichtung des Fachbereichstages ‚Verfahrenstechnik‘ an den Fachhochschulen und zur Erarbeitung des Rahmenstudienplanes für Verfahrenstechnik/Chemieingenieurwesen beigetragen“.

Professor Broermann ist der erste Träger der VDI-Verdienstmedaille aus dem Kreis der Lehrenden einer Fachhochschule.

Broermann, Mitglied des *h/b* der ersten Stunde, war vor seiner Wahl zum Rektor der Hochschule zunächst Fachbereichsleiter/Dekan des Fachbereichs Maschinenbau und Verfahrenstechnik und dann fünfjährig Prorektor für Lehre, Studium und Studienreform.

Vom Rektor zum Ministerialdirigenten

Professor Dr. Joachim Baltes, Rektor der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen (Sitz in Köln), wurde von der Landesregierung Sachsen-Anhalt zum Ministerialdiri-

genten ernannt und ist damit aus dem Rektorenamt ausgeschieden. Beim Ministerium für Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen ist Baltes nun für Wohnungsbau und Wohnungswesen zuständig.

Dr. jur. Baltes wurde 1976 als Professor für Staats-, Verwaltungs- und Sozialrecht an die Abteilung Köln der KFH NW berufen. 1980 wählte ihn der Konvent der Hochschule zum Rektor; zweimal wurde er seither wiedergewählt. Über seine Hochschule hinaus war Baltes für die Fachhochschulen vielfach tätig: zuletzt als stellvertretender Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der NRW-Fachhochschulen, als Vorsitzender der Konferenz der Fachbereiche Sozialwesen und als Mitglied des Präsidiums der Bundeskonferenz der Rektoren und Präsidenten kirchlicher Fachhochschulen. Diese Gremien, seine Hochschule und der *h/b* verlieren einen fröhlichen Mitstreiter und haben nun einen Freund im Land Sachsen-Anhalt.

Doppelte Ehrung für Matthias Weber

Professor Matthias Weber (Rektoratsbeauftragter für das Hochschularchiv der FH Köln) wurde doppelt ausgezeichnet: Das Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland wurde ihm für seine Verdienste verliehen, die er sich neben seiner Lehrtätigkeit im Hochschulbereich und auf dem Gebiet der Heimatforschung erworben hat.

Weber hat die Geschichte des Fachbereichs Wirtschaft der FH Köln aufbereitet, verfaßte eine Dokumentation zum 30jährigen Bestehen und war als Mitherausgeber des Buches „Betriebswirte aus Köln 1947 – 1987“ tätig. Weiter hat er die Geschichte des Kölner Hochschulgebäudes „Alte Universität“ erforscht und dargestellt und legte den Grundstock für ein Archiv der Fachhochschule Köln. Ein weiterer Schwerpunkt seines engagierten Wirkens sind die Beiträge zur Heimatforschung und Kulturgeschichte des Rheinlandes und der Eifel. Last but not least: Professor Weber hat sich auch als Vorsitzender des Bezirkspersonalrates Köln für die Kollegen der ehemaligen Höheren Fachschulen bis zu deren Überleitung in die FH Köln verdient gemacht; alsdann gehörte er zu den Mitgründern des Hochschullehrerbundes Nordrhein-Westfalen und war von 1976 bis 1979 dessen Pressereferent. Alle diese Aktivitäten begründen die Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik.

Webers Verdienste um die rheinische Kulturpflege waren der Anlaß für eine zweite Ehrung: Er erhielt vom Landschaftsverband Rheinland den Rheinlandtaler, eine Auszeichnung für besonders verdienstvolle, ehrenamtliche Kulturarbeit.

(G. E.)

Informationen und Berichte

ALDI und die Fachhochschulen

ALDI sucht *Absolventen von Hochschulen und Fachhochschulen* als Management-Nachwuchs und steht dabei nicht allein, weder in seinem vordergründig gleichrangigen Interesse an Fachhochschulabsolventen noch in dieser Nebeneinanderstellung von Hochschulen und Fachhochschulen. Vielleicht ist es Gedankenlosigkeit, wenn so der Eindruck vermittelt wird, Fachhochschulen seien keine Hochschulen. Das wird sich zeigen, wenn ALDI eine nächste Anzeige schaltet. Das nicht nur bei Studierenden bekannte Unternehmen (hohe Zuwachsraten wie bei den Fachhochschulen – siehe DNH 6/90, Seite 7) erhielt nämlich die Anregung, demnächst seinen Managementnachwuchs unter den Absolventen von *Universitäten und Fach-*

hochschulen zu suchen. In einem Brief an den Herausgeber versprach ALDI, die Anzeige entsprechend zu ändern.

Ob das Beispiel Schule macht? Die Leserinnen und Leser der DNH sind herzlich eingeladen, ähnliche Beispiele aktiv anzugehen. Dazu gehört auch, die Abkürzung FHS für Fachhochschule auszumerzen oder die Abkürzung RWTHS (für „Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule“) einzuführen.

Dienstrechtliche Gängelung der Professoren zur Verbesserung der Lehre

Unter dieser Überschrift verfaßte Professor Dr. Erwin Quambusch, FH Bielefeld, Anmerkungen zum Aktionsprogramm Qualität der Lehre in der Zeitschrift *Der öffentliche Dienst*, 44. Jahrgang, Nr. 7–8/1991, Seite 145 f.

Der Verfasser argwöhnt, das Ministerium für Wissenschaft und Forschung wolle sich Instrumentarien verschaffen, um die Rechtsposition der Professoren zu schmälern. Auf's neue scheint das alte bürokratische Anliegen durch, den Status der Professoren dem der Laufbahnbeamten möglichst anzunähern. Nicht nur eine irgendwie gesteigerte Residenzpflicht, sondern auch eine Reihe weiterer Indizien gibt es für die Neigung der Ministerialbürokratie, die Arbeitsbedingungen der Laufbahnbeamten auf die Hochschulen zu projizieren.

Dieser Aufsatz kritisiert aus juristischer Sicht die Methoden, die das nordrhein-westfälische Ministerium für Wissenschaft zur Verbesserung der Qualität der Lehre anzuwenden trachtet. Aus betriebspsychologischer Sicht schrieb bereits Gerhard Comelli in Heft 4/91, S. 12 f.

Günther Edler

Gefährliches Mißverständnis

Der Deutsche Hochschulverband, die Interessenvertretung der Universitätsprofessoren, besteht auf dem universitären Diplom als Voraussetzung für ein Promotionsstudium

Gefährliches Mißverständnis, so lautet die Überschrift eines Beitrages¹ von Hubert Detmer, dem Justitiar des Deutschen Hochschulverbandes. Zutreffend interpretiert er die gesetzlichen Regelungen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern und im Saarland: Es bliebe

„in diesen Ländern den wissenschaftlichen Hochschulen unbenommen, auch weiterhin von befähigten Fachhochschul-Absolventen als unabdingbare Voraussetzung zur Promotionszulassung das **universitäre Diplom** zu fordern. Hier ist auch das erste Mißverständnis auszumachen: „Weg II“ (ein Eignungsfeststellungsverfahren ohne universitäres Diplom) wird vor dem Hintergrund der originären Forderung der Fachhochschulvertreter nach einem eigenständigen Promotionsrecht nun als tragbarer Kompromiß gedeutet.“

Dies sei ein Irrtum. Detmer zitiert Groh² und zieht den Schluß:

„Niemand darf sich mithin dem Irrglauben hingeben, die Fixierung eines Eignungsfeststellungsverfahrens hemme den Wunsch der Fachhochschulen nach einem eigenständigen

Promotionsrecht. Damit sollte auch feststehen, daß es keine taktische(!) Verpflichtung der Universitäten gibt, solche Kompromisse einzugehen und im Einzelfall auf das universitäre Diplom zu verzichten.“

Anders sei es nun allerdings in Berlin; dort muß gemäß § 35 Abs. 3 des Hochschulgesetzes befähigten FH-Absolventen der unmittelbare Zugang zur Promotion ermöglicht werden. Entsprechende Überlegungen für gesetzliche Regelungen würden in Nordrhein-Westfalen angestellt³.

Der Justitiar des DHV argumentiert anschließend hochschul- und vor allem verbands- und standespolitisch:

„Bei der Forderung des Deutschen Hochschulverbandes, daß die Promotion eines Fachhochschul-Absolventen unabdingbar über das universitäre Diplom führen muß, handelt es sich nicht um einen Streit um des Kaisers Bart. Es geht vielmehr um eine der Dominanten studentischer Bildung ... Universitäten und Fachhochschulen erfüllen unterschiedliche Aufgaben ... Differenzierte Studienangebote werden unterschiedlichen Begabungen gerecht.“

Ob der Verfasser, nachdem er nun mögliche (gefährliche – für wen eigentlich?) Mißverständnisse über die Verbindlichkeit der gesetzlichen Regelungen für die Universitäten ausgeräumt hat, nun nicht anderen gefährlichen Mißverständnissen unterliegt? Die zwischen den Hochschularten differenzierten Studienangebote **sollten** wohl unterschiedlichen Begabungen gerecht werden. Wird das Studium an einer Universität oder einer Fachhochschule aber individuell deshalb aufgenommen, weil sich das Gymnasium eindeutig zu der Begabung für ein Studium an einer Universität oder für ein Fachhochschulstudium geäußert hätte? Mitnichten. Allen Abiturienten bestätigen unsere famosen Gymnasien, daß sie die *allgemeine* Hochschulreife erworben hätten. Trotzdem wählen viele die Fachhochschule. Zu viele von ihnen sind aber weder fähig für ein Studium an einer Universität noch an einer Fachhochschule. Und manche versuchen es erst mit der Fachhochschule, nachdem sie an der Universität gescheitert sind und vice versa.

Ist es wirklich nur „Begabung“ und nicht auch Interesse an dem Fach oder auch „nur“ am gewählten Beruf, das zum Erfolg führt? Warum gibt es exzellente Wissenschaftler, die einst mäßige Schüler waren oder gar erst auf dem zweiten oder dritten Bildungsweg zur Universität gelangt sind?

Folgen wir den hochschulpolitischen Gedankengängen des HV-Justitiars weiter:

„Ungleichartigkeit bedeutet nicht Ungleichwertigkeit. Das deutsche System des Nebeneinanders unterschiedlicher Ausbildungsgänge ist weltweit anerkannt und wird vom Arbeitsmarkt seit jeher angenommen. Eingriffe in dieses bewährte System sind auf Dauer für beide Hochschultypen schädlich.“

Wer greift eigentlich in die Typik der Hochschularten ein, wenn hervorragende Absolventen der Fachhochschulen den Nachweis führen wollen, daß sie auch befähigt sind, nach universitären Maßstäben wissenschaftlich zu arbeiten? Es geht um etwas ganz anderes, und Detmer läßt zum guten Schluß die Katze aus dem Sack: Die von der Forschung durchdrungene **universitäre Lehre** – im Original ebenso fett gedruckt wie hier – beansprucht mehr Zeit. Richtig: Das bisherige Monopol der Universitäten, die Voraussetzungen für ein Promotionsstudium zu schaffen, wäre wohl dahin, wenn

„ein Fachhochschul-Absolvent ohne Abitur“ nach Durchlaufen des Eignungsfeststellungsverfahrens „im Alter von 25 Jahren promoviert“.

³ Auch einem Referentenpapier zur Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes aus dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst vom Juni dieses Jahres zufolge, soll das Problem „nach den politischen Vorgaben so aufgegriffen werden, daß – anders als bei § 35 Berlin – eine Verschleppung auf der Ebene der Promotionsordnung ausgeschlossen ist“.

¹ MittHV 5/91, Seite 251.

² Die neue Hochschule, Heft 3/91, S. 4.

Die Konsequenz wäre (und das sieht Detmer ganz richtig), daß die Universitätsabsolventen dann fragten, warum sie in diesem Alter gerade das Diplom geschafft haben. Damit würden Abiturienten die „universitäre Lehre“ in Frage stellen. Wer denkt hier nicht wie Morgenstern: *Also schließt er messerscharf, daß nicht sein kann, was nicht sein darf?*

„Fachhochschulen und Universitäten stehen nicht miteinander in Konkurrenz.“

Das behauptet der HV-Justitar und argumentiert doch so, als hätten die Universitäten die Promovenden aus dem Bereich der Fachhochschulen zu fürchten. Als Beweis nämlich, daß man die universitäre Lehre (die zu einem guten Teil in Händen des Mittelbaus und des wissenschaftlichen Nachwuchses liegt) nicht unbedingt ein gutes Dutzend Semester lang erdulden muß, um den Nachweis selbständiger wissenschaftlicher Arbeit im Promotionsstudium führen zu dürfen.

„Wie kann man sich in Wissenschaftsministerien also aufrichtig um eine eigenständige **universitäre Lehre** sorgen, wenn man wissenschaftliche Bildung negiert? Diesen Kontext gilt es aufmerksam bei der Diskussion über das Promotionsrecht der Fachhochschul-Absolventen zu beachten. ... ‚Eignungsfeststellungsverfahren‘ und ‚kooperative Promotion‘ aber werden – wenn die wissenschaftlichen Hochschulen meinen, durch einen solchen ‚Kompromiß‘ Schlimmeres verhindern zu müssen – den Vergleich von Äpfeln und Birnen nur vorantreiben.“

Die Wissenschaftsministerinnen und -minister scheinen sich eher aufrichtig um die Opfer dieser Ideologie zu sorgen. Die Reden von Minister Zöllner vor dem 40. FRK-Plenum, mit Abstrichen auch des Berliner Wissenschaftssenators Erhardt anlässlich des Kolloquiums „Fachhochschule-Wirtschaft“, mit Sicherheit aber der Niedersächsischen Ministerin Helga Schuchardt anlässlich des HRK-Plenums am 4. Oktober in Bonn beweisen es. Man darf nun gespannt sein darauf, ob die NRW-Wissenschaftsministerin Brunn auf dem XIV. Kolloquium des *h/b* in Bad Honnef und auf der GEW-Tagung in Köln in dieselbe Kerbe schlägt.

Informationen und Berichte

Gemeinsame Promotionsverfahren

Zwischen der Technischen Universität Gdansk und der Hochschule Bremen ist Ende April dieses Jahres vereinbart worden, daß im Rahmen der laufenden Zusammenarbeit nun auch „hervorragende Absolventinnen und Absolventen“ der Bremer Hochschule an der TU Gdansk promovieren können. Die Arbeit soll an der Hochschule Bremen oder extern in einem Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland angefertigt werden. Das Thema wird zwischen den betreuenden Hochschullehrern in Bremen und Gdansk abgestimmt. Das eigentliche Promotionsverfahren, die Doktorprüfung und die öffentliche Verteidigung der Dissertation, wird an der TU Gdansk nach dortigem Recht abgewickelt.

(Hochschule Bremen, Vereinbarung mit der TU Gdansk über gemeinsame Promotionsverfahren vom 30. 4. 1991)

Exportschlager Fachhochschule auf der HUNGARODIDACT '91,

Budapest, 8.–11. 10. 1991

Macht es Sinn, das Konzept Fachhochschule zu exportieren? Die FRK hat diese Frage bejaht und sich auf der HUNGARODIDACT '91 – einer internationalen Bildungsmesse für Weiterbildung in Schule, Beruf und Hochschule – mit einem eigenen Stand präsentiert. Finanziert vom BMW

und organisiert von einer Bonner Wissenschaftsagentur informierte die FRK mit Postern und Publikationen (leider nicht in der Landessprache) über diesen 20 Jahre jungen Hochschultyp. Gleich drei Schirmherren hatte die ausstellende FRK: den finanzierenden Bundesbildungsminister Ortleb und die ungarischen Minister Andrásfalvy (Bildung) und Kiss (Arbeit).

Die Selbstdarstellung der Fachhochschulen traf auf großes Interesse. Ungarn ist dabei, den tertiären Bereich zu reformieren. Universitäten und Spezialhochschulen sind dort noch nach sowjetischem Vorbild strukturiert, die Zuständigkeit für den Hochschulbereich ist noch auf verschiedene Ministerien verteilt. Für die notwendigen Reformen besteht also ein ausgeprägtes Informationsbedürfnis.

Ein „Round-table-Gespräch“ über Fragen der ungarischen Hochschulreform zwischen ungarischen und deutschen Bildungsexperten konnte die Messeinformationen ergänzen und vertiefen. Daran waren Bundesminister Ortleb und sein Amtskollege Andrásfalvy referierend und auf deutscher Seite neben zwei ehemaligen Universitätspräsidenten/-rektoren (Fischer-Apelt und Wolf) zwei FH-Experten, nämlich Dr. Gieseke (Bonn) und der FRK-Vorsitzende Klockner, diskutierend beteiligt.

Das Gespräch hat Folgen. Eine Delegation ungarischer Hochschul- und Regierungsvertreter wird auf Einladung des Bundesministers Professor Dr. Ortleb noch im November '91 Fachhochschulen vor Ort kennenlernen. Sie werden dann erkennen, daß das Modell Fachhochschule gut, dessen Realisation in der Bundesrepublik aber noch stark verbesserungsbedürftig ist.

Ob die Fachhochschule tatsächlich zum Exportschlager wird, hängt auch von der inländischen Investitionspolitik ab. Fachhochschulen sind im Hochschulbereich der Prototyp einer *lean-production* (einer schlanken Mager-Produktion, gekennzeichnet durch hohe Qualität bei kurzen Durchlaufzeiten und geringen Ausschußquoten). Was bisher hierzulande nicht voll begriffen wurde: Diese Art Produktionstechnik benötigt hervorragende Produktionsmittel.

Das vorausgesetzt, ist die eingangs gestellte Frage also grundsätzlich zu bejahen. (W. Friedl, Wiesbaden)

FRK – 39. Plenum in Trier

14.–16. Oktober 1991

Fachhochschule – die Hochschule der modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft –

Unter dieser Überschrift fand das Herbstplenum der FRK in Trier statt. Gastgeber auf dem Campus der Abt. Trier und Gestalter einer eindrucksvollen Selbstdarstellung war die Fachhochschule des Landes Rheinland-Pfalz.

Insofern waren Leitthema und Rahmenprogramm die praktische Anwendung des 38. Plenums, das unter der Überschrift *Die Fachhochschulen in der Öffentlichkeit*¹ vom neutralen Grund des Schwäbischen Bildungszentrums in Irsee aus die Theorie für die praktische Anwendung in Trier geliefert hatte.

Zwei Referate sollen hier herausgehoben werden:

Der Minister für Wissenschaft und Weiterbildung des Landes Rheinland-Pfalz *Zöllner* markierte mit bemerkenswerter Deutlichkeit die (fach-)hochschulpolitische Position der Landesregierung (vgl. „Weitgehend einig“ auf Seite 14 in diesem Heft).

Der Gründungsrektor der Ostberliner Fachhochschule für Technik und Wirtschaft und vormalige Rektor der TFH Berlin *Tippe* lieferte eine Positionsbestimmung der Fachhochschule und wollte fünf Fragen beantworten:

¹ Die Vorträge und Beschlüsse des 38. Plenums liegen nunmehr in einer von der FRK herausgegebenen Broschüre vor. Anschrift: FRK c/o Fachhochschule Wiesbaden, Kurt-Schumacher-Ring 18, 6200 Wiesbaden.

1. Wer oder was bestimmt hochschulpolitische Positionen?
2. Gibt es eine einheitliche Fachhochschul-Position?
3. Haben die Fachhochschulen Verbündete?
4. Welche Konsequenzen sind aus der Konstellation zu ziehen?
5. Welche Auswirkungen können die jüngsten politischen Ereignisse für die Fachhochschulen haben?

Die Antworten auf die selbstgestellten Fragen sind hoffentlich bald in der Dokumentation des 40. Plenums nachzulesen. Hier nur einige Kernsätze:

Die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen haben sich für die Fachhochschulen verbessert; die politische Unterstützung ist stärker geworden, doch Vorsicht: „Je effizienter der Hochschultyp, desto wärmer die Unterstützung.“ Und: „Der Erfolg der Fachhochschulen korreliert mit der Krise der Universitäten.“ Dabei ist Fachhochschule ein Synonym für sehr unterschiedliche Einrichtungen; es gilt unterschiedliche Positionen (Beispiele sind die Regelstudienzeit und das Promotionsrecht bzw. der Promotionszugang für Absolventen) zu koordinieren. Das Verhältnis zu den Universitäten wird sich in dem Maße entkrampfen, wie es gelingt, eine Arbeitsteilung überzeugend zu praktizieren. Es gibt seitens der Universitäten Vorbehalte gegen den quantitativen Ausbau der Fachhochschulen. Diese Vorbehalte werden nicht schwinden, solange die Finanzierung der Universitäten an quantitativen Merkmalen (Studentenzahlen) orientiert ist.

Die Konsequenzen aus der gegenwärtigen Konstellation sind quantitativer und qualitativer Art. Der Ausbau auf 200 000 flächenbezogene Studienplätze in den alten Bundesländern und die Schaffung von 50 000 Studienplätzen in den neuen Bundesländern sind notwendig. Zugleich ist der Ausbau des Fächerspektrums dringend notwendig. Tippe erwähnte die Ausbildung von Berufsschullehrern und auch von Grundschullehrern an Fachhochschulen.

Viele Erwartungen, die an den Einigungsprozeß geknüpft worden sind, haben sich nicht erfüllt:

- Kritik sei zu richten an die neuen Bundesländer, die sich wie Entwicklungsländer verhalten hätten: Unabhängig von Bedarf und Nachfrage wären vor allem Universitäten gegründet worden. Tippe setzt seine Hoffnungen auf die Realisierung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates.
- Die vom Wissenschaftsrat geforderte und erst zum Teil praktizierte Umwandlung in Fachhochschulen wird auch die FRK vor neue Probleme stellen. Die eigentliche Problematik liegt im Lehrkörper. Die Zerreißprobe ist vorhersehbar.
- Die erwartete Reform für die westdeutschen Länder habe sich auch nicht erfüllt. Die mögliche Verkürzung der Schulzeit auf 12 Jahre, verbunden mit der in dieser Zeit erreichbaren allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife, ist unterblieben.

Fazit: Die 70er Jahre waren geprägt vom Ringen um das Selbstverständnis der Fachhochschulen, die 80er Jahre brachten das Ringen um die Gleichwertigkeit. In den 90er Jahren muß die Stellung der Fachhochschulen im europäischen Kontext neu definiert werden.

Die Beschlüsse des Plenums

Beschlüsse hat die FRK am letzten Tag des Plenums nur wenige getroffen: Die Satzungsänderung wurde mangels Beschlußfähigkeit vertagt, und der Entwurf einer Stellungnahme der FRK zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Bundesländern mußte angesichts der vielfältigen Kritik zur weiteren Beratung an den Länderausschuß zurückverwiesen werden².

² Die überarbeitete Stellungnahme liegt inzwischen vor. Sie ist wesentlich gestrafft worden. Siehe Kasten auf Seite 22.

Verabschiedet wurden Stellungnahmen

- zur gegenwärtigen hochschulpolitischen Diskussion über den Stellenwert und die Qualität der Lehre (siehe Kasten)³,
- zur Initiative des BMBW zur Förderung der anwendungsbezogenen Forschung und Entwicklung im Haushalt 1992⁴ und
- zur beabsichtigten Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes (Änderung des Stellenschlüssels; die FRK begrüßte den Antrag der Regierungskoalition im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft, die Obergrenze für C 3-Prof.-Stellen auf 70 v. H. anzuheben).

Das 40. Plenum der FRK wird auf Einladung des Rektors der Hochschule Bremen Mönch in der letzten Aprilwoche 1992 stattfinden.

Die FRK zur gegenwärtigen hochschulpolitischen Diskussion über den Stellenwert und die Qualität der Lehre (gekürzt)

Die Qualität der Lehre ist ein herausragendes Kennzeichen der deutschen Fachhochschulen. Im Rahmen ihrer breit gefächerten gesetzlichen Aufgabenbestimmung haben die Fachhochschulen der Lehre immer den ersten Rang eingeräumt . . .

I. Vor diesem Hintergrund begrüßt die FRK die wachsende Zahl an politischen Initiativen, die Wertschätzung der Lehre im deutschen Hochschulwesen zu steigern. Die Fachhochschulen sehen darin eine Bestätigung und Stärkung ihrer Position und ihres Selbstverständnisses. Darum haben sich die Fachhochschulen engagiert in die Diskussion um Qualitätssicherung und Fördermaßnahmen im Bereich der Lehre eingeschaltet; sie werden ihre Aktivitäten in diesem Feld noch verstärken.

Die Qualität der Lehre zu erhalten und zu verbessern, ist eine ständige Aufgabe aller Hochschulen und Hochschularten. . . Im Bereich der Fachhochschulen hat die Diskussion hierüber zu zwei Fragen geführt:

- Wie läßt sich die bei den Professoren der Fachhochschulen vorhandene Motivation für besondere Anstrengungen im Bereich der Lehre erhalten und noch erhöhen, und
- wie können die strukturellen und materiellen Rahmenbedingungen der Lehre angemessen gestaltet werden?

II. Die Gewißheit, daß gute Lehre sich lohnt, wird den Professorinnen und Professoren der Fachhochschulen von ihren Absolventen gegeben. Eine wichtige Zukunftsaufgabe ist, daß auch die staatliche Seite diesen Eindruck glaubhaft vermittelt.

(Die FRK führt nun drei Möglichkeiten auf: ein System von Anerkennungsmechanismen entwickeln, die didaktische Kompetenz fördern und qualifizierte Evaluierungsmaßnahmen entwickeln und systematisch einsetzen.)

Die Sicherung und Steigerung der Qualität der Lehre durch Motivation der Professoren setzt allerdings die – zumindest als glaubwürdige Perspektive angelegte – Beseitigung infrastruktureller Mängel an den Fachhochschulen voraus. Dazu gehört auch ein perso-

³ Diese Stellungnahme enthält deutliche Bezüge zum Programm „Qualität der Lehre“ des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen. Siehe auch Gerhard Comelli „Studentische Vorlesungskritik“ in DNH Heft 4/91, Seite 12 f.

⁴ Siehe DNH 5/91, Seite 10.

nales Konzept, das die persönliche Betreuung und Förderung der Studenten ermöglicht.

III. Die aktuelle Diskussion um die Lehre gibt Anlaß zur Warnung vor mißverständlichen oder mißbräuchlichen Entwicklungen:

1. Die stärkere Thematisierung der Lehre darf nicht dazu genutzt werden, eine ‚billige‘ Hochschulpolitik zu installieren. Engagiertes Eintreten für die Lehre darf nicht ablenken (wollen) von den dringend erforderlichen personellen und baulichen Maßnahmen im Fachhochschulbereich.
2. Die staatliche Seite muß der Versuchung widerstehen, das Thema Lehre für eine Stärkung des staatlichen Durchgriffs auf die Hochschulen zu benutzen. Dies gilt nicht nur für die dienstrechtliche Ebene, sondern mehr noch für die Versuche, die Verbesserung der Lehre sachfremd mit regulativen Veränderungen der Studiengangstruktur verbinden zu wollen.

Die FRK empfiehlt ihren Mitgliedshochschulen, den beginnenden öffentlichen Diskurs über die Lehre für den Aufbau einer fachhochschulspezifischen Marketingstrategie zu nutzen.

Die FRK zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Einrichtung von Fachhochschulen in den neuen Bundesländern (Vorstand/Länderausschuß im Anschluß an das 39. Plenum)

Die FRK begrüßt, daß der Wissenschaftsrat am 5. 7. 1991 Empfehlungen zur Errichtung von 20 Fachhochschulen an 26 Standorten in den neuen Bundesländern verabschiedet hat.

Diese Empfehlungen belegen die Bedeutung der Fachhochschulen in den alten Ländern und gehen davon aus, daß die Errichtung von Fachhochschulen auch in den neuen Ländern einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung leisten werden.

Die FRK begrüßt die Empfehlungen umso mehr, als sie in wesentlichen Punkten mit den Positionen der FRK zur Entwicklung von Fachhochschulen in den neuen Bundesländern übereinstimmt, wie sie in Beschlüssen der 37. und 38. Plenarversammlung der FRK festgelegt wurden. Dies gilt vor allem für die Empfehlungen,

- die neuen Fachhochschulen in erster Linie durch Weiterentwicklung bestehender Hochschulen aufzubauen,
- den Lehrkörper durch Neuberufungen von außen und durch ein besonderes Überleitungsverfahren für Hochschullehrer bestehender Hochschulen zu gewinnen und
- in den zu errichtenden Fachhochschulen ein breites Angebot von technischer, natur-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen, sowie künstlerischen und weiteren Fachrichtungen vorzusehen.

Zugleich stimmt die FRK mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates darin überein, daß die in den Fachhochschulen der alten Länder überfälligen Verbesserungen in den neuen Ländern von Anfang an berücksichtigt werden müssen. Diese beziehen sich auf die Studien- und Arbeitsbedingungen (Betreuungsrelation, Besoldung, Lehrdeputat), die personelle Ausstattung (wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

ter gem. § 53 HRG und ein Verhältnis zwischen wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Personal von 1:1,2), den unmittelbaren Zugang für befähigte Absolventen zur Promotion an Universitäten in einem kooperativen („Berliner“) Modell und dem Ausbau des Stellenwerts von anwendungsbezogener Forschung und Entwicklung.

Die FRK fordert in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, die erforderliche Ausbildung für den Verwaltungsdienst – anders als in den alten Bundesländern – nicht in speziellen Verwaltungsfachhochschulen des öffentlichen Dienstes, sondern in entsprechenden Studiengängen an den externen staatlichen Fachhochschulen vorzusehen. Zugleich muß in diesem Zusammenhang – auch darin besteht Übereinstimmung – die tarif- und besoldungsrechtliche Diskriminierung der Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschulen überwunden werden.

Bei den Fragen des Lehrdeputats und des Stellenwertes von Forschung und Entwicklung an den Fachhochschulen gehen die Forderungen der FRK über die Empfehlungen des Wissenschaftsrates hinaus. Weder garantiert ein Lehrdeputat von 16 Stunden auf Dauer eine aktuelle, qualifizierte Lehre, noch reicht ein Forschungspool von 7%, wie ihn der Wissenschaftsrat an anderer Stelle vorgesehen hat, aus, um das Potential der Fachhochschulen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu nutzen.

Die FRK fordert Regierungen und Parlamente der neuen Länder auf, entschlossener als bisher die vom Wissenschaftsrat empfohlene Neustrukturierung der Hochschullandschaft umzusetzen. Dabei sollte die vom Wissenschaftsrat empfohlene Relation von universitären Studienplätzen und solchen an Fachhochschulen von 2:1 als Richtlinie dienen. Dies bedeutet – und darin sind sich Wissenschaftsrat und FRK einig – „dem Aufbau leistungsfähiger Fachhochschulen im Zusammenhang mit der Umgestaltung der dort bestehenden Hochschullandschaft eine Priorität vor dem weiteren Aus- und Aufbau von Universitäten einzuräumen“.

Hochschulzugang für Berufserfahrene

**Tagung der Hans-Böckler-Stiftung,
13. – 15. 9. 1991, in Dresden**

165. HRK-Plenum am 4. 11. 1991 in Bonn

Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik hat die Diskussion um den Hochschulzugang neu entfacht. Einmal hatten die „neuen Länder“ ihr Schulsystem neu zu ordnen und zu entscheiden, ob sie sich dem Schulsystem der Alt-Bundesrepublik anschließen und insbesondere das Gymnasium (mit insgesamt 13 Schuljahren) als Regelweg zur Hochschule einführen sollten. Zum anderen gilt es, Brücken zu bauen für die Menschen in den neuen Bundesländern, denen es in der DDR verwehrt war, die Hochschulreife zu erlangen.

Diese zusätzlichen Gesichtspunkte trafen auf die seit den frühen 70er Jahren laufende Debatte, die sich auf den Zugang zum Hochschulstudium mit beruflicher Erfahrung, aber ohne schulische Hochschulreife richtete. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte bereits 1973 die These aufgestellt, die „Qualifikation zum Studium erweise sich im Studium“¹. Konkretisiert wurde dies im Grundsatzprogramm des DGB (1981):

„Der Zugang zur Hochschule muß grundsätzlich allen offen stehen ... Qualifikationen, die in der beruflichen Ausbildung,

¹ „23 Thesen zur Hochschulreform“, zitiert nach „Vom Meister zum Magister“, Christoph Ehmann u. a. (Projektgruppe der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, September 1990).

in der Berufspraxis und in der Weiterbildung erworben wurden, müssen ebenso zum Hochschulstudium berechtigen wie das Abitur.“

Die Realisierung dieser Forderung würde eine Umkehrung der derzeit (auch für die neuen Länder) maßgeblichen Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes bedeuten. Derzeit ist die Studienberechtigung an die dafür erforderliche Qualifikation geknüpft, und diese wird grundsätzlich (also nicht ausnahmslos) durch eine auf das Studium vorbereitende Schulbildung erworben².

Die Tagung der Hans-Böckler-Stiftung war also örtlich (Dresden) und zeitlich (vor der Verabschiedung der Schulgesetze in den neuen Ländern wie auch zur anlaufenden Debatte über die Änderung des Hochschulrahmengesetzes) gut geeignet, die alten Forderungen unter neuen Aspekten zu beleben und einer Realisation näher zu bringen.

Inzwischen wurden Verbündete gewonnen, die nicht unbedingt zum gewerkschaftlichen Lager zu zählen sind:

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Professor Dr. Rainer Ortleb, hat vor „seinem“ Bundestagsausschuß am 27. 2. 1991 erklärt: „Nach der langjährigen Diskussion um die Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung müssen jetzt tragbare Konzepte zur Realisierung dieser Forderungen erarbeitet werden. Dazu gehört auch die Möglichkeit des Hochschulzugangs über eine qualifizierte Berufsausbildung.“ Diese Forderung war bereits im Berufsbildungsbericht 1977 (allerdings damals unter der sozial-liberalen Koalition) und dann im Bericht der Bundesregierung zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend in Ausbildung und Beruf (1984, also unter der derzeitigen Regierungskoalition) enthalten.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hatte im November 1990 elf Thesen für eine größere Durchlässigkeit der Bildungsebenen mit der Generalforderung eingeleitet; der Hochschulzugang sollte auch für Praktiker geöffnet werden, die eine qualifizierte Berufsausbildung und Berufserfahrung nachweisen können, jedoch nicht über die schulische Hochschulreife verfügen.

Und auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks fordert seit längerem, daß Handwerksmeister zum Studium, zumindest an Fachhochschulen, zugelassen werden müssen.

Die völlige Gleichstellung von Berufsabschluß und Abitur im Sinne einer Studienberechtigung forderte zu Beginn der Tagung Karlheinz Hiesinger, Vorstandsmitglied der IG Metall. „Wider den Mythos der Reifeprüfung“ – so lautete die Überschrift seines Referates. Also nicht die Meisterprüfung oder ein anderer Abschluß, der auf der dualen Berufsausbildung (zum Facharbeiter, Gesellen oder Gehilfen) aufbaut, sondern die erste Berufseingangsprüfung ohne einschlägige Praxis nach dieser Ausbildung soll der schulischen Hochschulzugangsberechtigung gleichgestellt werden. (Ob vice versa den Abiturienten dann per se von den Unternehmen auch Facharbeiterlöhne gezahlt werden sollen – dieses Thema sparte Hiesinger allerdings aus.) Hinter Hiesingers radikaler Forderung blieben die anderen Grundsatzreferate zurück. Eckart Kuhlwein, MdB und ehemals Vorsitzender der Enquete-Kommission des Bundestages „Bildung 2000“, präferiert offensichtlich die in Niedersachsen bereits seit 1971 praktizierten Befähigungsprüfungen, die als Zulassungs-Voraussetzungen 25 Lebensjahre, eine abgeschlossene Berufsausbildung und fünf Jahre Berufstätigkeit sowie das Gutachten einer Institution der Weiterbildung über intensive Prüfungsvorbereitungen fordern. Das Ergebnis ist eine fachgebundene Hochschulreife. Kuhlwein tendiert nun allerdings zu einem Probestudium ohne vorhergehende Prüfungen und möchte dafür – wie eine Projektgruppe der Hans-Böckler-Stiftung bereits im September 1989 vorgeschlagen hatte³ – das Hochschulrahmengesetz in § 27 ergänzen.

² § 27 Abs. 1 u. 2 HRG.

Die Annäherung von Gewerkschaften und Arbeitgebern hat ihre Grenzen, denn die Übereinstimmung ist von unterschiedlichen Motiven bestimmt: Die Gewerkschaften verfolgen damit ein Bündel von Zielen von der Chancengleichheit bis zur Enthierarchisierung der Gesellschaft. Der DIHT hingegen sorgt sich ebenso wie der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft um den beruflichen Nachwuchs; dieser wird sozusagen auf die Schulbildung in Richtung Hochschulen abgedrängt, wenn der berufliche Ausbildungsweg eine Sackgasse bleibt.

Die betroffenen Hochschulen – auf der Tagung förmlich durch den Vizepräsidenten der HRK und Rektor der Universität Halle-Wittenberg, Professor Dr. Schilling, vertreten – stellten die gegebene Überlastsituation heraus. In zulassungsbeschränkten Studiengängen bedeutet die Zulassung eines Studienbewerbers ohne Hochschulzugangsberechtigung die Abweisung eines Bewerbers mit Zugangsberechtigung. Das träfe auch für das Probestudium zu. Für die HRK lehnte er also eine für Berufserfahrene offene Hochschule ab und verweist auf fachbezogene Zulassungsprüfungen, in denen die Bewerber ihre Befähigung für das gewählte Studium nachzuweisen hätten.

Die Hochschulrektorenkonferenz hat sich auf ihrem jüngsten Plenum dem Thema Hochschulzugang für Berufstätige (ohne Abitur) gewidmet⁴, ohne sich hier bereits festzulegen. Das Thema soll zunächst mit Vertretern von Wirtschaft, Handwerk und Gewerkschaften besprochen werden. Hierbei ist nach Auffassung des Präsidiums der HRK auf die seit langem bestehende Überlast der Hochschulen, die Auswirkungen auf das Durchschnittsalter der Hochschulabsolventen und die schon existierenden Möglichkeiten des Dritten Bildungsweges hinzuweisen. Große Begeisterung ist also nicht auszumachen, und das Argument des höheren Durchschnittsalters der Hochschulabsolventen ist einfach albern; damit ließe sich auch das Seniorenstudium abwürgen. Der Hinweis, die Zahl derer, die sich in einer dualen Berufsausbildung befinden, sei erstmals niedriger als die Zahl der eingeschriebenen Studenten (die Zahl der wirklich Studierenden ist natürlich kleiner), berührt die Frage nach der Ausgewogenheit im Gesamtsystem, ist also nicht allein Sache der Hochschulen. Die von der HRK erneut aufzugreifende Frage ist vielmehr, ob auch Berufserfahrene (ohne Hochschulzugangsberechtigung) den Anspruch erhalten sollen, sich um knappe Studienplätze zu bewerben. Schleswig-Holstein soll bereits erwägen, für derartige Bewerber eine Quote für NC-Fächer vorzusehen.

Der Hochschullehrerbund hat einen anderen Aspekt betont: Der nordrhein-westfälische Weg für Berufserfahrene über die sogenannte Einstufungsprüfung bescherte den Hochschullehrern zusätzliche Belastungen bei der Zulassung und dann bei den Prüfungen selbst. Der *hfb* hat deshalb gefordert, die Feststellung der Studierfähigkeit solle auch für diese Klientel vom Sekundarbereich erfolgen⁵. Das entspricht zwar der Logik unseres Bildungssystems, aber gerade dies hält die Studienplätze eben ganz überwiegend für diejenigen vor, die eine allgemeine und keine berufliche Bildung vorzuweisen haben. Und es versteht sich, daß diese Haltung bei der Veranstaltung der Dresdener Tagung nicht gerade auf Gegenliebe gestoßen ist. (G. E.)

³ Vgl. Fußnote 1; § 27 HRG soll folgenden neuen Absatz 3 erhalten: „Personen, die über eine abgeschlossene berufliche Ausbildung hinausgehende, besondere berufliche Qualifikationen nachweisen, können abweichend von den Bestimmungen des Absatz 2 vorläufig bis zu vier Semestern zugelassen werden; die vorläufige Zulassung wird ohne weitere Prüfung in eine endgültige umgewandelt, wenn durch Erfüllung der Studienanforderungen die Studierfähigkeit nachgewiesen worden ist.“

⁴ 165. Sitzung des Plenums am 4. 11. 1991, TOP: 15, Drucksache Nr. 1057/91, Berichterstatter Vizepräsident Professor Dr. Schilling. Der Drucksache angefügt sind die gesetzlichen Regelungen der Länder Berlin und Schleswig-Holstein sowie Rechtsverordnungen der Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

⁵ Vgl. DNH 4/91, Seite 21. Dort ist der Beschluß des Präsidiums des *hfb* vom 28./29. 6. 1991 abgedruckt.

LESER WERBEN LESER

DIE NEUE HOCHSCHULE ist die einzige Zeitschrift in der Bundesrepublik Deutschland, die sich voll und ganz den Fachhochschulen widmet. Sie lebt – wie alle Zeitschriften – von zahlenden Lesern. Je größer die Leserschaft, desto größer ihr Einfluß, ihr Umfang und natürlich auch das Anzeigenaufkommen. Mehr Leser bedeuten mehr Gegenwert für den Abonnementspreis.

Alle Mitglieder des *hfb* erhalten die Zeitschrift im Rahmen Ihrer Mitgliedschaft; Nichtmitglieder haben die Möglichkeit, die Zeitschrift zu abonnieren.

Jedes Mitglied des *hfb* und jeder Abonnent ist hiermit eingeladen zu helfen, die Zahl der Bezieher zu vergrößern. In seinem eigenen Interesse. Nicht nur, damit der Abo-Preis vertretbar bleibt, sondern auch, weil nun eine Werbeprämie winkt. Für jeden neu geworbenen, zahlenden Abonnenten erhalten Sie ein Buch aus der Produktion deutscher Verlage – bis zum Ladenpreis von 30,- DM – gratis, bei teureren Büchern gegen Zahlung des Differenzbetrages. **Machen Sie mit!** Das Angebot ist vorerst befristet bis 31. 3. 1992.

Resch Verlag GmbH
DIE NEUE HOCHSCHULE
Postfach 1260
8032 Gräfelfing

Coupon

Ich bin regelmäßiger Bezieher der DNH und habe nachstehenden Abonnenten für mindestens ein Jahr geworben. Senden Sie mir dafür folgendes Buch als Prämie:

Titel: _____ Verlag: _____

Ich zahle, falls der Ladenpreis höher ist als DM 30,-, die Differenz sofort nach Erhalt des Buches. Das Buch wird versandt, sobald der neue Abonnent den Jahresbezugspreis bezahlt hat.

Name, Vorname, Titel/akad. Grad: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

Datum, Unterschrift: _____

Hiermit abonniere ich DIE NEUE HOCHSCHULE für mindestens ein Jahr, beginnend mit der Ausgabe 1/92. Der Abonnementpreis beläuft sich auf DM 75,- für 6 Ausgaben. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht spätestens sechs Wochen vor Jahresende schriftlich gekündigt ist. Das Heft 6/91 erhalte ich gratis.

Name, Vorname, Titel/akad. Grad: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

Datum, Unterschrift: _____

Diese Bestellung kann ich innerhalb einer Woche gegenüber dem Resch Verlag, Postfach 1260, 8032 Gräfelfing, widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, Unterschrift: _____

Buchbesprechungen

Regelungstechnik-Übungsbuch

Von Cl. Becker u. a., Hüthig, Heidelberg 3. Auflage 1988, 288 S., DM 29,80

Die vorliegende 3. Auflage stimmt mit der 1982 erschienenen 2. Auflage überein. Es werden insgesamt sechs Aufgaben besprochen, die zum großen Teil praktische Hintergründe haben. Etwa die Hälfte sind mit vollständigem Lösungsweg versehen, für die anderen Aufgaben werden Lösungshinweise und Endergebnisse angegeben.

Für den Fachhochschulstudiengang Elektrotechnik ist die erste Hälfte der Aufgaben als Ergänzung für die Standardvorlesung Regelungstechnik gut verwendbar. Wenn die Themenkreise Zustandsraum und Mehrfachregelungen in den Vorlesungen ausführlich behandelt werden können, sind auch die restlichen Übungsaufgaben eine wertvolle Ergänzung. Baumann

Das 50-Punkte-Programm für Führungskräfte.

Von J. Simbrunner, expert, Ehningen 1990, 72 S., 28,- DM.

Entstanden aus einer Seminarreihe der Österreichischen Akademie für Führungskräfte, denen Handlungsanweisungen vermittelt werden – vom Praktiker für den Praktiker, auf direkte Anwendung gerichtet. Weiterführende Literaturhinweise fehlen. Das Buch ist für den Hochschulunterricht wohl kaum einsetzbar!? Golas

Expertensysteme: Entscheidungskriterien für Manager

Von P. Johannes, Oldenbourg, München 1990, 191 S., 48,- DM

Der Autor möchte mit seinem Buch einen Beitrag dazu leisten, daß die Entscheidung über die Implementierung von Expertensystemen nicht allein Technikern überlassen bleibt, sondern sie auf die Ebene der Manager gehoben wird. Auswahl der Thematiken und Tiefe der Darstellung orientiert sich an diesem Ziel.

Vorrangig soll eine durchgängige Einsicht in die Voraussetzungen und Möglichkeiten für den Einsatz von Expertensystemen geboten werden. Deshalb wird der gesamte Entwicklungsprozeß von der Problemsuche bis zum fertigen Expertensystem in übersichtlicher Form dargestellt und mit einfachen Beispielen hauptsächlich aus der Fertigungsindustrie anschaulich erläutert. Der Problematik der Wissensakquisition wird eine besondere Bedeutung beigemessen. Den Entscheidungskriterien für die Entwicklung eines eigenen Expertensystems wird ein gesondertes Kapitel gewidmet, das dem Buch die spezielle Qualität für Manager geben soll.

Eine gedrängte Zusammenstellung über am Markt angebotene Expertensystemwerkzeuge rundet die globale Einführung in diesen Bereich der Künstlichen Intelligenz ab. Wegmann

Elektrodynamik

Von R. Kröger u. R. Unbehauen, Teubner, Stuttgart, 2. Auflage 1990, 413 S., DM 68,-

Die erste Auflage des gründlich überarbeiteten Werkes trug den Titel „Technische Elektrodynamik“ und wurde in DNH 88/Heft 5 besprochen. Zu den bemerkenswerten Verbesserungen gehören äußerlich der feste Einband und der entschieden leichter lesbare Satz. Die Gliederung des Werkes wurde beibehalten. Wohl aber findet man manche begrüßenswerte inhaltliche Verbesserungen. Den metallischen Leitern ist jetzt ein eigenes Kapitel gewidmet. Berücksichtigt ist nunmehr auch die Induktion in bewegten Leitern. Ausführlicher gestaltet wurde der letzte Abschnitt „Retardierte Lösungen der Maxwell-Gleichungen“. 46 Aufgaben am Ende des Buches wurden die Lösungen beigegeben. Weitere der ursprünglich 75 gestellten Aufgaben wurden an geeigneter Stelle in den Text als vollständig behandelte Beispiele übernommen. Da ein einleitender Abschnitt die benötigten mathematischen Hilfsmittel – vor allem die Vektor-Analyse – in breiter Form entwickelt, bietet dieses Werk, dem zahlreiche klare und instruktive Bilder beigegeben sind, die Möglichkeit, sich gründlich mit den Erscheinungen, den Gesetzmäßigkeiten und den Berechnungsverfahren der Elektrodynamik vertraut zu machen. Meerbeck

Management im Konstruktionsbüro

Von H. Steinwachs und R. Brehler, mi, Landsberg 1990, 231 S., DM 128,-

Das Buch stellt die Aufgaben eines Konstruktionsleiters als Manager dar. Dazu gehören Führungsstil, Delegation von Arbeiten und Motivation der Mitarbeiter, aber auch Organisation und Kontrolle, Arbeitstechniken und Projektmanagement. Das Buch soll eine Hilfe für die Praxis sein. Walden

Aufgaben zur Elektrotechnik für Maschinenbauer

Von M. Kortstock und G. Wermut, Teubner, Stuttgart 1991, 187 S., DM 28,-

Dieser Band enthält 76, zumeist noch aufgegliederte Aufgaben aus den folgenden Teilbereichen der Elektrotechnik: Gleichstrom, elektrisches Feld, magnetisches Feld, Wechselstrom, Drehstrom und nichtlineare Bauelemente. Dabei dient jeweils eine erste Gruppe von Aufgaben dazu, das Verständnis der Grundlagen zu fördern und zu entwickeln. Eine zweite Gruppe führt zu deren Anwendung in Aufgabenstellungen der Praxis. Die zugehörigen Lösungen werden in nicht zu knapper, anschaulicher Form vorgestellt. Bei der Gestaltung entsprechender Übungen und auch zum sog. Selbststudium bietet das Werk nützliche und hilfreiche Anregungen. Aufgaben zum Teilbereich „Elektronische Grundsaltungen“, die in einer Ankündigung genannt wurden, findet man leider nicht. Vielleicht bringt dies eine Neuauflage. Meerbeck

Der rasche Buchhinweis

Zum Thema **Informatik** sind folgende Neuerscheinungen eingegangen:

Kommunikation und Computernetze

Von H. Barz, Hanser, München 1991, 291 S., DM 68,-

Objektorientiertes Programmieren mit C++

Von Th. Jell u. A. c. Reeken, Hanser, München 1991, 210 S., DM 48,-

SQL – Einstieg und Anwendung

Von W. Misgeld, Hanser, München 1991, 348 S., DM 58,-

Transputer-Leitfaden

Von H. Reinecke u. J. Schreiner, Hanser, München 1991, 336 S., DM 58,-

Parallel Prozesse unter UNIX

Von Ch. Danegger u. P. Geugelin-Danegger, Hanser, München 1991, 224 S., DM 48,-

ORACEL für Profis

Von W. Misgeld, Hanser, München 1991, 393 S., DM 58,-

HIT-Einstieg

Von L. Schiedeberg, Hanser, München 1990, 268 S., DM 49,80

Von C zu C

Von P. Schnupp, Hanser, München 1990, 138 S., DM 48,-

Entwurf industrieller Mikrocomputersysteme

Von W. Fengler u. I. Philippow, Hanser, München 1991, 341 S., DM 78,-

Wege zur HyperCard

Von K.-H. Becker u. M. Dörfler, Vieweg, Braunschweig 1991, 307 S., DM 69,-

Ein Wort zur Zeitschrift DIE NEUE HOCHSCHULE

Auch wenn er nicht immer Recht hat, so ist doch DER SPIEGEL als Zeitschrift für die Medienlandschaft Deutschlands unverzichtbar. Immer wieder startet er seine mutigen Angriffe und legt den Finger auf die Wunden unserer Gesellschaft. DIE NEUE HOCHSCHULE hat diese Aufgabe für die deutsche Hochschullandschaft übernommen.

Diese Landschaft ist mit einem großen, kräftigen und grünen Mischwald zu vergleichen. Die Universitäten darin sind die starken Eichen, die ihre Äste weit von sich strecken, so daß die von ihnen selbst stammenden Samen, die Eicheln, sich in ihren Schatten kaum zu neuen Bäumen entwickeln können. Nur wenn der Herbstwind die Früchte wegbläst, können neue junge Bäume entstehen. – Neben den Eichen wachsen andersartige Bäume immer schneller empor. Auch sie sind gesund und kräftig und erwecken zunehmend Freude bei den Besuchern des Waldes. Sie haben ihre eigene ökologische Nische gefunden.

Während der Fremde sich also am Anblick grünender Blätter labt, geht ein Mann durch diesen Wald mit kritischem Blick. Er sieht, wo der Boden zu wenig Nährstoffe bietet. Er erkennt, wo das Astwerk alter Bäume zu dicht ist, so daß der Sonnenschein den Boden nicht mehr berührt.

Vor mir liegen die letzten vier Nummern der Zeitschrift DIE NEUE HOCHSCHULE. Ein Drittel aller Aufsätze stammt aus der Feder von Günther Edler. Es sind sehr streitbare Aufsätze. Zu erwähnen wäre hier der Aufsatz: *FRK: Positives Echo?*¹ Wer liest schon außerhalb der Rektorate in Hochschulen die inhaltsreichen, aber oft auch sehr voluminösen Papiere der FRK? Hier wird alles kritisch in wenigen Zeilen auf den Punkt gebracht.

Hervorzuheben ist auch der Aufsatz *Haltet den Dieb!*² Hier geht es um das Verhältnis der FRK zu der Entwicklung der Fachhochschulen in den neuen Ländern und zum *hlnb*. Spätestens dieser Aufsatz zeigt aber auch die Grenzen für die Wirkungsmöglichkeiten des *hlnb* auf. Die Mehrzahl der Mitglieder des *hlnb* stammt aus den alten Bundesländern. Sie sind die potentiellen Leser der DNH. Sie erwarten von den gelben Heften eine kritische Haltung zur Hochschulpolitik in den einzelnen Bundesländern und die Widerspiegelung ihrer Probleme. Diese Diskussion trägt aber dazu bei, daß für so manchen Hochschullehrer in den neuen Bundesländern der Übergang seiner Hochschule (unabhängig davon, ob Technische Hochschule oder Ingenieurhochschule) zur Fachhochschule als nicht wünschenswert gesehen wird. Es kommt zum Spagat zwischen Werbung für den Fachhochschulgedanken in den neuen Bundesländern und kritischen Zustandsbewertung der Fachhochschule in den alten Bundesländern. In dieser Situation allen Seiten Recht zu tun, ist schier unmöglich. Dabei spielt es keine Rolle, ob es um das Promotionsrecht für Fachhochschulen, um die Ausstrahlung der FRK oder um *Regellehrverpflichtung, Studierbarkeit und den Curricularnormwert*³ geht.

Alle, denen der Fachhochschulgedanke in den alten und neuen Bundesländern am Herzen liegt, sollten dem wackeren Streiter und Herausgeber der Zeitschrift DIE NEUE HOCHSCHULE dankbar sein.

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr.-Ing. habil. Reinhard Schmidt
Rektor der Ingenieurhochschule Mittweida
Feuerbachstraße 14
O-8020 Dresden

¹ DNH 2/91, Seite 8 f.

² DNH 3/91, Seite 8 f.

³ DNH 4/91, Seite 11 f.

Verehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

mit diesem letzten Heft des Jahrgangs 1991 sind etwa zwei Jahre vergangen, seit ich die Stafette der Herausgeberschaft von dem Namensgeber der Zeitschrift DIE NEUE HOCHSCHULE, dem verehrten Kollegen Professor Dr. Wolffhart Haacke übernommen habe. Das Organ des Hochschullehrerbundes ist äußerlich nahezu unverändert geblieben – und die Titelseite wird sich Ihnen auch 1992 so darbieten. Inhaltlich habe ich insbesondere hochschulpolitische Akzente gesetzt; lesen Sie, was der Rektor der Hochschule Mittweida (Sa.) dazu in seinem Leserbrief schreibt.

DIE NEUE HOCHSCHULE hat mindestens zwei Funktionen – sie ist Organ des Hochschullehrerbundes e. V., und ist Diskussionsforum für die Belange der Fachhochschulen, der immer noch *neuen* Hochschulen der Industriegesellschaft. Sie wirbt für diese *Hochschulen für anwendungsbezogene Wissenschaft und Kunst* und warnt zugleich, sie in ihrer derzeitigen Konstitution zu belassen.

Diese beiden Funktionen sind nicht sauber zu trennen. Es wird jedoch zu einer Trennung von *hlnb*-offizieller Verlautbarung und dem (dicken) Rest kommen. Das Präsidium des *hlnb* hat auf seiner Sitzung Ende November die Weichen gestellt. Ein erster Schritt war, die Satzung zu ändern. Kurz vor dem 20. Geburtstag des *hlnb* e. V. – Bundesvereinigung – wird in der Satzung erstmals festgestellt, daß es eine „Verbandszeitschrift“ gibt. Sie ist DIE NEUE HOCHSCHULE. Ebenso klar ist aber, daß jeweils ein Herausgeber gewählt wird, und dies ist sofort geschehen. Ich freue mich, daß ich in dieser dem Pressereferenten zugewachsenen Funktion bestätigt wurde und so die Arbeit für diese Zeitschrift in gewohnter Weise fortsetzen kann. Einen Pressereferenten wird es künftig nicht mehr geben; der Präsident kann nunmehr neben den Sonderbeauftragten einen Pressesprecher bestellen. Diese Funktion hat Professor Dr. Günter Sodan, Berlin, übernommen. Er wird sich Ihnen in der nächsten Ausgabe aufs Neue vorstellen.

Der Herausgeber der Zeitschrift war und bleibt – ebenso wie der Präsident, die Vizepräsidenten und der Schatzmeister – nur dem Präsidium verantwortlich. Im Präsidium sind allein die Vorsitzenden der Landesverbände stimmberechtigt.

Ich verstehe mich nicht als außenstehender Moderator; ich bin parteiisch – für die Fachhochschulen. Nicht jedes gedruckte Wort des Herausgebers ist Meinung des *hlnb* – nur die offiziellen Äußerungen des Präsidenten und der Organe des *hlnb* sind so zu werten. Grundsätzlich gilt: Jeder Autor genießt Meinungsfreiheit, die sich aber nur im Rahmen akademischer Tugenden entfalten darf. Diese Grenzen zu setzen und Grenzüberschreitungen zu verhindern, ist Aufgabe des Herausgebers. Bitte, helfen Sie mit, den guten Ruf der DNH zu festigen.

Ich wünsche Ihnen und damit den Fachhochschulen ein gutes Jahr 1992.



Günther Edler
Der Herausgeber der DNH

DIN 4108

PC-Software für
Wärmedurchgangszahlen
von Bauteilen nach DIN 4108
von *Data Plan-Bau*
DM 456,-
mit Speicherfunktionen
DM 912,-
mit umfangreicher Grafik
Preis auf Anfrage
14-Tage-Test Schutzgebühr DM 20,-

DIN 4701

PC-Software für
Wärmebedarfsberechnung
von Bauwerken nach DIN 4701
von *Data Plan-Bau*
DM 570,-
mit Speicherfunktionen
DM 1.140,-
mit umfangreicher Grafik
Preis auf Anfrage
14-Tage-Test Schutzgebühr DM 20,-

DIN 4705

PC-Software für Berechnung der
Schornsteinquerschnitte
nach DIN 4705
von *Data Plan-Bau*
DM 1.254,-
14-Tage-Test Schutzgebühr DM 20,-

DIN 4725

PC-Software für
Fußbodenheizungsrechnung
nach DIN 4725
von *Data Plan-Bau*
DM 912,-
mit Speicherfunktionen
DM 1.824,-
mit umfangreicher Grafik
Preis auf Anfrage
14-Tage-Test Schutzgebühr DM 20,-

DINESPAR

PC-Software für
energiesparenden Wärmeschutz
nach dem HF-Verfahren
und VDI 2067
von *Data Plan-Bau*
DM 1.710,-
14-Tage-Test Schutzgebühr DM 20,-

SOFTWARE



EVEBI

PC-Software für **Energieberatung**
für Gebäude von *ENVISYS*

- Energiebedarfsberechnung
- Schwachstellenanalyse
- Energiespar-Szenarien
- Heizungsauslegung
- Kosten-Nutzen-Analyse
- Emissionsvergleich

DM 2.160,-
Vorfür-Diskette kostenlos

Lieferbar ab Januar 1992:

ROHRNETZ

PC-Software für
Rohrnetzrechnung
nach Rietschel / Raiss
von *Data Plan-Bau*
DM 1.140,-
mit Speicherfunktionen
DM 2.280,-
mit umfangreicher Grafik
Preis auf Anfrage

RESCH VERLAG

Postfach 12 60
8032 Gräfelfing
Telefon 0 89/8 58 07 41
Fax 0 89/8 58 07 62

ÖNOB8110

PC-Software für
Wärmedurchgangszahlen
von Bauteilen nach
ÖNORM B 8110
von *Data Plan-Bau*
DM 456,-
mit Speicherfunktionen
DM 912,-
mit umfangreicher Grafik
Preis auf Anfrage
14-Tage-Test Schutzgebühr DM 20,-

ÖNOM7500

PC-Software für
Heizlastberechnung
nach ÖNORM M 7500
von *Data Plan-Bau*
DM 570,-
mit Speicherfunktionen
DM 1.026,-
mit umfangreicher Grafik
Preis auf Anfrage
14-Tage-Test Schutzgebühr DM 20,-

ÖNOM7515

PC-Software für Berechnung der
Schornsteinquerschnitte
nach ÖNORM M 7515
von *Data Plan-Bau*
DM 1.254,-
14-Tage-Test Schutzgebühr DM 20,-

ÖNOM7560

PC-Software für
Fußbodenheizungsrechnung
nach ÖNORM M 7560
von *Data Plan-Bau*
DM 912,-
mit Speicherfunktionen
DM 1.824,-
mit umfangreicher Grafik
Preis auf Anfrage
14-Tage-Test Schutzgebühr DM 20,-

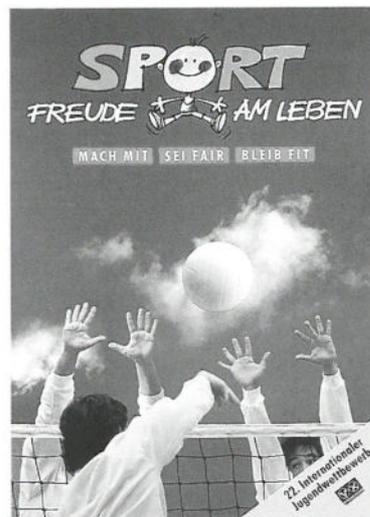
ONOESPAR

PC-Dialog-Software für
Optimierung von Heizsystemen
nach ÖNORM B 8135 / VDI 2067
von *Data Plan-Bau*
DM 1.710,-
14-Tage-Test Schutzgebühr DM 20,-

MACHT DER SPORT IN DER HEUTIGEN ZEIT ÜBERHAUPT NOCH SPASS?

Sport und Geld. Profitum. Alles riecht nach Kommerz. Alles? Nein! Sport hat eine positive Kraft, die Menschen zu verbinden, Freude zu vermitteln, Teamgeist zu fördern. Gerade heute, in unserer einseitig motivierten Zeit, ist dies wichtig für das gemeinsame Miteinander. Wir möchten Ihnen helfen, diese Ursprünglichkeit des Sports den Kindern und Jugendlichen nahezubringen. Der 22. Internationale Jugendwettbewerb „Sport – Freude am Leben“ setzt auf fair sein, fit bleiben, Spaß haben, Freundschaft und Teamgeist. Dürfen wir für diese Ziele mit Ihrer Unterstützung rechnen?

Für Pädagogen haben wir eine 84seitige Themendokumentation erstellt, von kompetenten Autoren geschrieben: „Sportlehrer Hans Berger: Ein ganz normaler Arbeitstag.“ „Sport ist Spiel... oder sollte wieder mehr dazu werden.“ „Das Phänomen Fan.“ „Eine große Sportlerin denkt nach: Die Höhen und Tiefen der U.M.“ „Martin Walser über Boris Becker und das Fernsehen.“ „Für eine Kultur der Menschlichkeit: mehr Fairneß.“ Diese und andere Beiträge werden Sie sicher interessieren und anregen. Besorgen Sie sich die Broschüre sowie die Teilnahmeprospekte und die spezielle Elterninformation zum Thema „Sport – Freude am Leben“ bei Ihrer Volksbank oder Raiffeisenbank, oder fordern Sie sie mit dem Coupon an.



Coupon

Bitte einsenden an den
Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken BVR
Postfach 12 04 40 - 5300 Bonn 1

Bitte senden Sie mir die Unterlagen zum
22. Internationalen Jugendwettbewerb „Sport –
Freude am Leben“

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

P34



Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir machen den Weg frei